München

Fachkonzept

Neuausrichtung orts- und familienbezogene Besoldungsbestandteile

Änderungen

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| No | Datum | Version | Änderungsgrund | durchgeführt |
| 01 | 31.10.2022 | 01 | Neuanlage | Neumann |
| 02 | 02.12.2022 | 02 | Ergänzung | Neumann |
| 03 | 05.12.2022 | 02 | Ergänzung | Obermaier |
| 04 | Laufend | 02 | Ergänzungen (Änderung Gesetzentwurf, Entscheidungen Referat 24) | Kneißl |
| 05 | 16.12.2022 | 02.1 | Ergänzung und Weiterentwicklung | Kneißl |
| 06 | 19.12.2022 | 02.1 | Mitarbeitergruppe H | Gebel |
| 07 | 23.12.2022 | 02.1 | Ergänzung | Kneißl |
| 08 | 30.12.2022 | 02.1 | Erstellung Feinkonzept | Neumann |
|  |  | 03 | Korrektur Nr. 5.3, Ergänzung Nr. 3.7, Nr. 4.2, Nr. 4.4.1 und 4.4.2 sowie 5.2.1, Nr. 15, 18.3 | Neumann |
|  |  | 03 | Korrektur Nr. 3.2 (begriffliche Anpassungen) | Obermaier |
|  |  | 03 | Ergänzung unter Nr. 3.2 (Hinweis auf Art. 36 Abs. 1 Satz 4) | Obermaier |

Anlagen:

* Ermittlung Besitzstand und Besitzstandszulage mit Beispielfällen
* Fallbeispiele Besitzstand und Besitzstandszulage Versorgung
* Verwendung der Felder des IT 0595 zur Ermittlung des Besitzstandes und der OFZ-Zahlung
* Matrix Überleitung
* Berechnungsweg OFZ-Nachzahlung
* Auslandsbesoldung

inhalt

[I Allgemeines 5](#_Toc128746226)

[II Umsetzung 6](#_Toc128746227)

[1 Zusammenstellung der betroffenen Personenkreise 7](#_Toc128746228)

[2 Beiblatt zu BM – Evaluierung des melderechtlichen Hauptwohnsitzes 9](#_Toc128746229)

[3 Laufende Umstellung zum Inkrafttreten des Gesetzes 10](#_Toc128746230)

[3.1 Bestandsübernahme der bereits gespeicherten Daten 10](#_Toc128746231)

[3.2 Bestimmung der Ortsklassen (entspricht der Mietenstufe) abhängig vom Hauptwohnsitz 11](#_Toc128746232)

[3.3 Künftige Tabellenstruktur und Zuordnung zu den Stufen des orts- und familienbezogenen Besoldungsbestandteiles (OFZ) 14](#_Toc128746233)

[3.4 Besonderheiten bei berücksichtigungsfähigen Kindern (Zahl- und Zählkinder) 17](#_Toc128746234)

[3.5 Zuordnung von Personen zu den jeweiligen Stufen 18](#_Toc128746235)

[3.5.1 Stufe L 18](#_Toc128746236)

[3.5.2 Stufe V 19](#_Toc128746237)

[3.5.3 Stufe 1ff. 20](#_Toc128746238)

[3.6 Umstellung auf die neuen OFZ-Lohnarten 21](#_Toc128746239)

[3.6.1 Neue Lohnart 0080 (OFZ Gesamt) 21](#_Toc128746240)

[3.6.2 Neue Lohnart 0081 – 0083 und 0085 (OFZ Stufe L, OFZ Stufe V, OFZ Stufe 1ff. und OFZ Besoldungsausgleich 22](#_Toc128746241)

[3.6.3 Neue Lohnart 7081 (OFZ Stufe L) für den Bereich Versorgung 22](#_Toc128746242)

[3.6.4 Neue Lohnart 7082 (OFZ Stufe V) für den Bereich Versorgung 22](#_Toc128746243)

[3.7 Anpassung der Fällen nach dem BaySchFG (MAG „G und H“) 22](#_Toc128746244)

[3.8 Umstellungsreport 26](#_Toc128746245)

[4 Besitzstand nach Art. 109 Abs. 3 BayBesG-E und Art. 114g Abs. 1 BayBeamtVG-E 27](#_Toc128746246)

[4.1 Besitzstandsermittlung 28](#_Toc128746247)

[4.2 Lohnart für Besitzstand aus Ballungsraumzulage 32](#_Toc128746248)

[4.3 Lohnart für Besitzstand aus Familienzuschlag 33](#_Toc128746249)

[4.4 Ausprägung der Besitzstandslohnarten 33](#_Toc128746250)

[4.4.1 aus Ballungsraumzulage Lohnart 9081 33](#_Toc128746251)

[4.4.2 aus Familienzuschlag Lohnart 9080 bzw. 7090 (Versorgung) 34](#_Toc128746252)

[4.5 Abschmelzung bzw. Wegfall der Besitzstandszulage 38](#_Toc128746253)

[5 Nachzahlung für den Zeitraum vom 01.01.2020 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes 39](#_Toc128746254)

[5.1 Verwendung der Datenlage zur Ermittlung des Nachzahlungsbetrages 40](#_Toc128746255)

[5.2 Ermittlung der Nachzahlung für den Zeitraum vom 01.01.2020 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes 41](#_Toc128746256)

[5.2.1 Für den Vergleich zu berücksichtigende Komponenten alt 44](#_Toc128746257)

[5.2.2 Für den Vergleich zu berücksichtigende Komponenten OFZ-neu 44](#_Toc128746258)

[5.2.3 Besonderheit Versorgung bei dem Vergleich der zu berücksichtigenden Komponenten zwischen Familienzuschlag alt und OFZ neu: 44](#_Toc128746259)

[5.3 Ausprägung des OFZ-Nachzahlungsbetrages: 45](#_Toc128746260)

[5.4 Anstoß der Rückrechnung zum 01.01.2020 45](#_Toc128746261)

[5.5 Behandlung von Fällen mit diskriminierungsfreier Mehrarbeit im Rahmen der Nachzahlungsermittlung des Art. 109 Abs. 1 BayBesG-E 46](#_Toc128746262)

[5.6 Behandlung der Fälle mit einer Gehaltskürzung nach Art. 9 BayDG im Rahmen der Nachzahlungsermittlung des Art. 109 Abs. 1 BayBesG-E 46](#_Toc128746263)

[6 Nachzahlung für Zeiträume vor dem 01.01.2020 bei zeitnaher Geltendmachung 46](#_Toc128746264)

[7 Auswirkungen auf die Nachversicherung 48](#_Toc128746265)

[8 Besonderheiten für den Bereich Versorgung 48](#_Toc128746266)

[8.1 Mindestversorgung 48](#_Toc128746267)

[8.2 Sonderzahlung 49](#_Toc128746268)

[8.3 Ruhensregelungen 49](#_Toc128746269)

[8.4 Versorgungsausgleich 49](#_Toc128746270)

[8.5 Zuschläge nach Art. 71 ff. BayBeamtVG 49](#_Toc128746271)

[8.6 Anteilmäßige Kürzung nach Art. 41 BayBeamtVG 50](#_Toc128746272)

[8.7 Erstattung 50](#_Toc128746273)

[9 Wegfall der Ballungsraumzulage zum Inkrafttreten des Gesetze 50](#_Toc128746274)

[10 Auswirkungen auf die Auslandsbesoldung 50](#_Toc128746275)

[10.1 Berechnung des Mietzuschusses nach § 54 BbesG 50](#_Toc128746276)

[10.2 Berechnung des Kaufkraftausgleiches (KKA) nach § 55 BBesG 51](#_Toc128746277)

[11 Erforderliche Auswertungen 51](#_Toc128746278)

[11.1 Fälle mit Lohnart 1233 (Einbehaltung von Bezügen) 51](#_Toc128746279)

[11.2 Zalfälle mit Lohnart 9207 [Ballungsraumzulage (man)] 51](#_Toc128746280)

[11.3 Zahlfälle mit eine IT 0595 Subtyp 3 Grund „B8 aufn. Pflegeb. Angeh.“ 52](#_Toc128746281)

[11.4 Fälle mit einer Konkurrenzsituation zu einem Beschäftigten mit einer vergleichbaren Leistung 52](#_Toc128746282)

[12 Wegfall Anrechnung nach Art. 35 Abs. 2 BayBesG (alt) 52](#_Toc128746283)

[13 Mitteilungstext für die Bezügemitteilung im Monat der Umsetzung 52](#_Toc128746284)

[14 Auswirkungen auf den Entgeltbeleg 53](#_Toc128746285)

[15 Auswirkungen auf das Altersteilzeitberechnungsblatt 53](#_Toc128746286)

[16 Begründungstexte für den IT 0128 54](#_Toc128746287)

[17 Prüfung der derzeitigen Plausibilitäten 54](#_Toc128746288)

[17.1 Plausibilitäten aus IT 0002 54](#_Toc128746289)

[17.2 Plausibilitäten aus IT 0006 54](#_Toc128746290)

[17.3 Plausibilitäten aus IT 0012 54](#_Toc128746291)

[17.3.1 Prüfung Abgleich Familienstand und Steuerklasse 54](#_Toc128746292)

[17.4 Plausibilitäten aus IT 0021 55](#_Toc128746293)

[17.5 Plausibilitäten aus IT 0595 55](#_Toc128746294)

[17.5.1 Prüfung IT 0595 zu IT 9117 und umgekehrt 55](#_Toc128746295)

[18 Einrichten von neuen Plausibilitäten 55](#_Toc128746296)

[18.1 Plausibilität bei IT 0595 - Besoldungsausgleich 55](#_Toc128746297)

[18.2 Eingabeplausibilität bei IT 0595 Subtyp 1/15 55](#_Toc128746298)

[18.3 Eingabeplausibilität IT 0006 55](#_Toc128746299)

[19 Da dieses Thema von der Priorität nicht so hoch eingeschätzt wird, wird hierfür eine gesonderte Anforderung erstellt.Personalmaßnahmen 56](#_Toc128746300)

[20 Prüfung des Mitteilungsverfahrens mit der Bundesagentur für Arbeit 56](#_Toc128746301)

[21 Neugestaltung der Formblätter/Formulare 56](#_Toc128746302)

1. Allgemeines

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 24. November 1998 (Az. 2 BvL 26/91 u.a.) entschieden, dass der Dienstherr als Ausfluss des Alimentationsprinzips (Art. 33 Abs. 5 GG) verpflichtet ist, Beamten und Beamtinnen für das dritte und jedes weitere unterhaltsberechtigte Kind einen familienbezogenen Gehaltsbestandteil in Höhe von mindestens 115 % des durchschnittlichen sozialhilferechtlichen Gesamtbedarfs eines Kindes zu gewähren. Das Bundesverfassungsgericht hat dabei Parameter für die hierzu durchzuführende Vergleichsberechnung zwischen familienbezogenem Besoldungsbestandteil für dritte und weitere Kinder und durchschnittlichem sozialhilferechtlichem Gesamtbedarf eines Kindes definiert.

Mit Beschluss vom 17. November 2015 (Az. 2 BvL 19/09 u.a.) hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass des Weiteren auch die Nettoalimentation im Allgemeinen bei Beamten und Beamtinnen mit bis zu zwei unterhaltsberechtigten Kindern in den unteren Besoldungsgruppen einen Mindestabstand von 15 % zum Grundsicherungsniveau wahren muss.

Mit den am 28. und 29. Juli 2020 verkündeten Beschlüssen vom 4. Mai 2020 (Az. 2 BvL 4/18 u. 2 BvL 6/17 u.a.) hat das Bundesverfassungsgericht seine Rechtsprechung zum sog. Mindestabstandsgebot weiter konkretisiert. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht die Parameter der dafür vorzunehmenden Vergleichsberechnungen – auch im Hinblick auf zahlreiche seither erfolgte Änderungen im Bereich des Sozialhilferechts – weiter präzisiert und angepasst: Insbesondere müsse hinsichtlich der auf Seiten des Grundsicherungsniveaus anzusetzenden Wohnkosten ein Ansatz gewählt werden, welcher auch in Kommunen mit höheren Kosten der Unterkunft gewährleiste, dass das Grundsicherungsniveau nicht unterschritten werde. Die Besoldungsgesetzgeber seien dabei allerdings nicht verpflichtet, die Mindestbesoldung eines Beamten oder einer Beamtin bzw. eines Richters oder einer Richterin auch in den Fällen an den regionalen Höchstwerten auszurichten, in denen dieser oder diese hiervon gar nicht betroffen ist. Die Besoldungsgesetzgeber seien vielmehr insbesondere frei, Besoldungsbestandteile auch an die regionalen Lebenshaltungskosten anzuknüpfen.

Die familienbezogenen Bestandteile der bayerischen Besoldung stehen mit den seitens des Bundesverfassungsgerichts mit Beschlüssen vom 4. Mai 2020 (2 BvL 4/18 u. 2 BvL 6/17 u.a.) aufgestellten Anforderungen **nicht** in Einklang.

Die familienbezogenen Besoldungsbestandteile werden den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entsprechend systematisch neu ausgerichtet. Eine ortsbezogene Besoldungskomponente wird (wieder) eingeführt. Die Neuausrichtung wird auf die Versorgungsempfänger übertragen.

**Zusammenfassung der wesentlichen Punkte aus dem Gesetz zur Neuausrichtung orts- und familienbezogener Besoldungsbestandteile**

* Die bisherigen Regelungen des Familienzuschlags (Art. 35 bis 37 BayBesG) werden durch Ergänzung einer Ortskomponente (Mietenstufe) und einer neuen Stufe L für ledige Beamten und Beamtinnen sowie Richter und Richterinnen zu einem Orts- und Familienzuschlag erweitert.
* Die bisher als ergänzende Fürsorgeleistung gewährte Ballungsraumzulage (Grundbetrag sowie der Kinderzuschlag) wird unter Angleichung der Gebietskulisse in die neue Ortskomponente des Orts- und Familienzuschlags integriert. Die bisherige Regelung des Art. 94 BayBesG wird aufgehoben.
* Die Anrechnungsbeträge lediger Beamter und Beamtinnen, die auf Grund dienstlicher Verpflichtung in einer Gemeinschaftsunterkunft wohnen wurden im Sinne der Vereinfachung der Regelung aufgegeben. Der bisherige Art. 35 Abs. 2 BayBesG wurde gestrichen.
* Die bisherige Regelung des Familienzuschlag (Art. 69 BayBeamtVG) wurde durch Ergänzung einer Ortskomponente (Hauptwohnsitz / Mietenstufe) und einer Stufe L für die Bemessung des Witwengeldes erweitert.
* Einführung einer Besitzstandszahlung für Zahlfälle, in denen der Orts- und Familienzuschlag nach neuem Recht geringer wäre als die nach altem Recht zu gewährenden Familienzuschläge und Ballungsraumzulage (ab Inkrafttreten des Gesetzes).
* Einführung einer Regelung zur Nachzahlung von orts- und familienbezogener Besoldungsbestandteile für die Haushaltsjahre zwischen Verkündung der Entscheidung des Bundesverfassungsgericht und dem Inkrafttreten des Gesetzes (Jahre 2020 bis Inkrafttreten des Gesetzes).
* Einführung einer Regelung zur nachträglichen Gewährung von kindbezogener Bezügebestandteile für Fälle, die vor dem Jahr 2020 Ansprüche auf amtsangemessene Alimentation für dritte und weitere Kinder unter Beachtung des Erfordernisses der zeitnahen Geltendmachung erhoben haben.

1. Umsetzung

Aufgrund der Komplexität und der weitreichenden Änderungen die mit dem vorstehend beschriebenen Umbau des Familienzuschlags in Verbindung mit einer ggf. zustehenden Ballungsraumzulage (Besoldung) in einen orts- und familienbezogenen Besoldungsbestandteil (OFZ) einhergehen, sind unterschiedliche, jedoch zeitlich aufeinander abgestimmte Arbeitsschritte notwendig, die in den nachfolgenden Kapiteln zur Umsetzung des Umbaus beschrieben werden.

* Evaluierung des melderechtlichen Hauptwohnsitzes
* Neuregelung des OFZ mit Inkrafttreten des Gesetzes
  + laufende Zahlung des OFZ ab Inkrafttreten des Gesetzes
  + ggf. mit Besitzstandszahlung für Bestandsfälle
* Ermittlung der Nachzahlung für den Zeitraum 01.01.2020 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes
* Nachzahlung im Fall der zeitnahen Geltendmachung für Zeiträume vor 01.01.2020

Nach Art. 35 BayBesG –E- (Grundlage des Orts- und Familienzuschlags) richtet sich die Höhe orts- und familienbezogener Besoldungsbestandteil nach der

* **Ortsklasse** (entspricht der Mietenstufe) des Hauptwohnsitzes i. S. d. § 21 Abs. 2 und § 22 des Bundesmeldegesetzes der
* **Stufe**, die den Familienverhältnissen entspricht
* **sowie der Besoldungsgruppe** (Erhöhungsbeträge BesGr. A 3 – A 10 für jedes berücksichtigungsfähige Kind **und** ggf. im Einzelfall zusätzlicher Unterschiedsbetrag wenn die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren BesGr. zurückbleibt)
  1. Zusammenstellung der betroffenen Personenkreise

Von den Änderungen des Umbaus des Familienzuschlags (FZ) in einen orts- und familienbezogenen Besoldungsbestandteil (OFZ) sind die nachfolgend aufgeführten Mitarbeitergruppen und Mitarbeiterkreise betroffen, die Selektion erfolgt über die Komponente Tarifart/Tarifgruppe:

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| **MAG** | **MitarbeiterGr-Bezeichnung** | **MAKrs.** | **Mitarbeiterkreis-Bez.** | **Tarifart** |
| A | Beamter | AA bis AT  unter dem MAKrs. AR sind keine aktiven Fälle vorhanden | BesO A, B, C, W,  (mit den jeweiligen Zusätzen, z.B. Polizei, Strafvollzug, etc.) | 3A, 3B, 3C, 3W |
| AV | Anwärter/Referendar | 4A |
| AW | Anwärter Polizei | 4A |
| B | Richter/Staatsanwalt | BA und BB | BesO R - Richter und BesO R - Staatsanwalt | 3R |
| C | Dienstanfänger | CA | Dienstanfänger | 4D |
| D | Staatsregierung | DA | Ministerpräsident | 3B |
| DB | Staatsminister | 3B |
| DC | Staatssekretär | 3B |
| G | PKE Besoldung | GA  GB | Private Schulträger  Kirchl. Genoss. Lehrkräfte | 3E  *Festbetrag lt. Art. 7 Abs. 2 BaySchFG (mit Lohnart 0053)* |
| S | Öffentl. rechtl. Ausbildungsverhältnis | SA | Rechtsreferendare (vgl. Ziff. 3.3.5) | 43 |
| F | Arbeitnehmer mit Bezügen nach Besoldungsrecht | FN  FS  FO  FR | Angestellte BesO A  Angestellte BesO B  Angestellte BesO C  Angestellte BesO W | 3A, 4A  3B  3C  3W |
| *H* | *Abstellungsverträge Tarif* | *HI* | *Abstellungsverträge KA 10 bis KA13*  *KA 10N bis KA13N* | *91*  *LoA 0053* |
| N | Versorgung-Land | NA bis NZ Ausnahme: NL | BesO A, B, C, HS, W und R (mit den jeweiligen Zusätzen z. B. Vers.Allg., Vers.Vollzug, usw.), Vers.Altfälle, sonst. lfd Versorgung, StG ohne HiBlV,Vers. Richter, Kostensterbegeldempfänger und Vers.Lastenteilung | 3A, 3B, 3C, 3H (MAKr. NU), 3W, 3R |
| Q | Ehem. Mitgl. Reg. | QA, QN, QV | Versorgungsempfänger, Übergangsgeld/StG, Kostensterbegeldempfänger | Siehe MAG D |

Für die MAG „G“ (MAKr. GA und GB) und MAG „H“ (MAKr. HI) wird auf Nr. 3.7 verwiesen.

Nicht betroffen sind:

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| **MAG** | **MitarbeiterGr-Bezeichnung** | **MAKrs.** | **Mitarbeiterkreis-Bez.** | **Tarifart** |  |
| *H* |  | *HG* | *Tarifgruppe NEB0* | *97* |  |
| V | Externe Besoldung | VB | von anderen Dienstherrn zugewiesene/abgeordnete Beamte | 90 | *keine FZ-Zahlung, Beträge werden vom anderen Dienstherrn angefordert und über IT 0015 erstattet* |

* 1. Beiblatt zu BM – Evaluierung des melderechtlichen Hauptwohnsitzes

Zur Bestimmung der Ortsklasse ist der Ständige Wohnsitz im IT0006 Subtyp1 heranzuziehen.

Zur Überprüfung und eventuell notwendigen Korrektur dieser Date werden die betroffenen Personen mit einem Beiblatt über die Gesetzesänderung informiert und gebeten die Daten zum Wohnsitz mit der Anschrift aus der BM abzugleichen sowie bei festgestellten Unstimmigkeiten die Bezügestelle umgehend zu unterrichten. Das Beiblatt soll im Rahmen eines eigenen Vollausstoßes mit den Bezügen für März oder April 2023 erfolgen, zeitlich der Behandlung des Gesetzentwurfs im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes im Bayerischen Landtag nachgelagert (Mail des StMFH vom 22.11.2022).

Hierbei ist das Beiblatt der BM der unter Nr. 1 genannten Personenkreise beizufügen:

* Laufende Zahlfälle (Status 3) bzw. Versorgungsempfänger (Status 2) Ausnahme: Für am 1. Januar 2020 vorhandene Versorgungsempfänger ist kein Beiblatt zur BM mit Verweis auf die Rechtsprechung BVerfG und gleichzeitiger Abfrage des Hauptwohnsitzes notwendig.
* Arbeitnehmer nach Besoldungsrecht
* Zahlfälle, die unter den SiGjurVD fallen

Es ist sicherzustellen, dass für Personen, die im Zahltag der Beigabe des Beiblatts normalerweise keine Bezügemitteilung erhalten würden (z.B. weil sie ohne Bezüge beurlaubt sind), eine Bezügemitteilung erzeugt wird.

Gem. Mitteilung des StMFH vom 24.11.2022 ist zum Empfängerkreis des Beiblattes festgelegt worden, dass hierzu alle Beamten, die seit dem 01.01.2020 mindestens einen Tag im aktiven Beamtenverhältnis verbracht haben, unabhängig davon, ob diese tatsächlich Bezüge erhalten haben, gehören. Somit sind alle Beamten umfasst, die von der Nachzahlungsregelung erfasst sind (auch Beurlaubte). Dies ist bei der Fliterangabe im Rahmen der Programmanpassung für die Versandsteuerung zu berücksichtigen.

Der Versand des Beiblattes soll unterbunden werden bei im aktiven Dienst Verstorbenen bzw. verstorbenen Ruhestandsbeamten. Auch Ausgeschiedene sind von der anstehenden Beiblatt-Aktion auszunehmen. Sollte sich bei der Berechnung der Nachzahlung in diesen Fällen jedoch tatsächlich ein Nachzahlungsbetrag ergeben, ist im Rahmen der Zusendung der Bezügemitteilung, in der der Nachzahlungsbetrag ausgewiesen ist, ein Anschreiben/Beiblatt, in dem eine Wohnsitzabfrage seit 01.01.2020 enthalten ist, beizufügen (E-Mail StMFH vom 26.01.2023).

Siehe hierzu Anforderung 247/2022 CR 1\*29263.

* 1. Laufende Umstellung zum Inkrafttreten des Gesetzes

Mit Inkrafttreten des Gesetzes gelten die neu gefassten Art. 35 BayBesG (Grundlage des Orts- und Familienzuschlags), Art. 36 BayBesG (Ortsklassen und Stufen des Orts- und Familienzuschlags) und Art. 69 BayBeamtVG (Orts- und Familienzuschlag). Gem. Art. 69 Abs. 1 Satz 1 BayBeamtVG finden, wie bisher auch bei den Versorgungsempfängern grundsätzlich die für Beamte geltenden Vorschriften des Bayerischen Besoldungsgesetzes Anwendung.

* + 1. Bestandsübernahme der bereits gespeicherten Daten

Die aufgrund der bisherigen Datenlage in den IT 0002, IT 0008, IT 0021, IT 0595, IT 0006 bzw. IT 0001 sowie IT 9014 gespeicherten Daten zum Familienstand, den Bezugspersonen, zum Hauptwohnsitz und ggf. dienstlichen Wohnsitz bzw. zur Ballungsraumzulage sind für die Ermittlung des künftigen Orts- und Familienzuschlag weiterhin relevant. Ggf. sind neue Subtypen einzurichten (IT 0006 Subtyp für entsendende Dienststelle) oder ggf. vorhandene Subtypen zu modifizieren.

Fälle mit einem IT 0595 Subtyp 3 Grund „B8 aufn. Pflegeb. Angeh.“ sind aufzulisten und im Monat der Umstellung vom Sachbearbeiter manuell abzugrenzen und mit einem IT 0021 Subtyp 2 sowie einen IT 0595 Subtyp 2 neu anzulegen.

Um die zu pflegenden Personen im IT 0595 Subtyp 2 neu anlegen und von einem „Kind“ unterscheiden zu können, ist es erforderlich eine Kennzeichnung für die Unterscheidung einzuführen.   
Im IT 0021 Subtyp 2 ist ein zusätzlicher Wert in der Wertehilfe des Feldes „Kindverhältn.“ (P0021-KDSVH) einzuführen. Als zusätzlicher Wert im IT 0021 Subtyp 2 Feld „Kindverhältn.“ wird der Wert „10 Pflegeb. Angeh.“ vorgeschlagen. Diese Date wird dann in den IT 0595 Subtyp 2 übertragen. Im IT 0595 Subtyp 2 ist zusätzlich eine Erweiterung der Wertehilfe zum Feld „Grund“ (P0595-OZGRD) erforderlich. Hier ist als zusätzlicher Wert „Pflegeb. Angeh.“ aufzunehmen. Anhand der Date „Pflegeb. Angeh.“ im Feld „Kindverhält.“ (Q0595-KDSVH) des IT 0595 Subtyp 2 sollte als Vorschlagswert im Feld „KinderErhBetrag“ (P0595-SOZUWE) der Wert „kein Anspruch“ vorbelegt sein. Für die betroffenen Personen dürfen keine Erhöhungsbeträge, siehe hierzu Nr. 3.3 des Konzeptes, gewährt werden. Die Steuerung ist über das Feld „Kinderbestandteil“ (P0595-OZBEK) und hier über die Werte „3 Zahlkind (nicht EG) bzw. 5 Zahlkind (nicht EG, var.)“ (ggf. neue Werte mit gleicher Wirkung) vorzunehmen.

Die Funktionalitäten in Bezug auf das Abrufverfahren mit der Bundesagentur für Arbeit dürfen sich durch die Änderung nicht negativ auswirken. Dies kann dadurch gewährleistet werden, wenn im IT 0021 Subtyp 2 Feld „Kindverhältn.“ der zusätzliche Wert „10 Pflegeb. Angeh.“ ausgebracht wird. Ist dieser Wert vom Sachbearbeiter ausgewählt, sind die kundeneigenen Datengruppen „Kindergeldnummer Bundesagentur für Arbeit (BA)“ und „Kindergeldbezieher“ als nicht eingabebereit zu steuern.

In Versorgung ist zu beachten, dass der Familienzuschlag auch für die Hinterbliebenen im IT 0595 und der (Familien-) Verbund im IT 0021 beim Versorgungsurheber gepflegt wird.

Auf die **Anlage „Verwendung IT 595 für Besitzstand und OFZ-Zahlung“** wird verwiesen.

* + 1. Bestimmung der Ortsklassen (entspricht der Mietenstufe) abhängig vom Hauptwohnsitz

Die Ortsklasse des Hauptwohnsitzes wird – entsprechend der Empfehlung des Bundesverfassungsgerichts – anhand der Mietenstufen nach dem Wohngeldgesetz der jeweiligen Wohnortgemeinde bestimmt, welche über die Anlage zu § 1 Abs. 3 WoGV entweder direkt oder über den jeweiligen Landkreis einer Mietenstufe zugeordnet ist.

Mit dem Wohngeld-Plus-Gesetz vom 05.12.2022 wird das Wohngeldgesetz zum 01.01.2023 geändert. Dadurch ändern sich auch die in der Wohngeldverordnung konkretisierten Mietenstufen zu einzelnen Gemeinden (auch in Bayern).



Ist eine Gemeinde keiner Mietenstufe nach dem Wohngeldgesetz zugeordnet (beispielsweise in sogenannten „Grenzpendler“-Fällen, die ihren Wohnsitz in einer Gemeinde im grenznahmen Ausland haben), so ist auf die Mietenstufe des **dienstlichen Wohnsitzes** im Sinne des Art. 17 BayBesG abzustellen. Hier ist auf die Dienststelle im IT 0001 (PB/PTB) abzustellen.

Liegt in Fällen der Auslandsbesoldung (Art. 38 BayBesG) auch der dienstliche Wohnsitz im Ausland, so ist auf die Mietenstufe der entsendenden Dienststelle abzustellen.

Hierfür wurde im IT 0006 ein neuer Subtyp (ST91)eingerichtet in den die entstendende Dienststelle eingetragen werden kann. Betroffene Fälle sind aufzulisten und vom Sachbearbeitern zum Umstellungszeitpunkt einzupflegen.

Zusammenfassend gilt für Beamte bzw. Arbeitnehmer mit Bezügen nach Besoldungrecht:

* Ist ein gültiger Gemeindeschlüssel (ungleich 99999999) im IT 0006 Subtyp 1 vorhanden, ist dieser für die Zuordnung der Ortsklasse zu verwenden.
* Bei einem Gemeindeschlüssel 99999999 im IT 0006 Subtyp 1 ist systemseitig zu prüfen, ob der neue Subtyp (ST91) „entsendende Dienststelle“ im IT 0006 vorhanden ist, wenn ja, ist der dort enthalten~~d~~e Gemeindeschlüssel für die Zuordnung der Ortsklasse zu verwenden.

Falls nein

* Ist die Dienststelle PB/PTB im IT 0001 als Grundlage für die Zuordnung der Ortsklasse zu verwenden.

Bei einer Änderung der Mietenstufe (z.B. bei einem Wohnsitzwechsel der berechtigten Person) im Laufe eines Kalendermonats ist zu beachten, dass nach der Neufassung des Art 36 BayBesG in Abs. 1 Satz 4 die Lex Specials enthalten ist, wonach für die Bestimmung der Ortsklasse die jeweiligen Verhältnisse am Ersten eines Monats maßgebend sind.

Bei Versorgungsempfängern ist, wenn die Gemeinde des Hauptwohnsitzes (IT 0006 SubTyp 1) des Versorgungsempfänger keiner Mietstufe nach dem Wohngeldgesetz zugeordnet werden kann (z. B. Hauptwohnsitz im Ausland) gemäß Art. 69 Abs. 1 Satz 2 BayBeamtVG-E (in Ermangelung eines dienstlichen Wohnsitzes) auf die Ortsklasse I abzustellen.

Bei der Hinterbliebenenversorgung ist zur Bestimmung der maßgebenden Ortsklasse des Hauptwohnsitzes auf die Verhältnisse der Hinterbliebenen abzustellen:

Besteht kein Anspruch ab der Stufe 1 des Orts- und Familienzuschlags, ist bei der Bemessung des Witwengeldes nach Art. 36 Abs. 1 BayBeamtVG der Orts- und Familienzuschlag der Stufe L nach dem Hauptwohnsitz der Witwe zugrunde zu legen (Art. 69 Abs. 1 Satz 3 BayBeamtVG-E). Ab der Stufe 1 des Orts- und Familienzuschlags richtet sich die Ortsklasse, nach dem Tod des Versorgungsurheber, wenn mehrere Versorgungsempfänger vorhanden sind, einheitlich nach dem Hauptwohnsitz der Witwe. Ist keine Witwe vorhanden, richtet sich die Ortsklasse einheitlich nach dem Hauptwohnsitz des jüngsten Versorgungsempfänger (Waise) (Art. 69 Abs. 2 Sätze 5 und 6 BayBeamtVG-E)

Die Ortsklasse des Hauptwohnsitzes bestimmt sich nach § 21 Abs. 2 und § 22 des Bundesmeldegesetzes (BMG) und stellt einen Faktor zur Bestimmung der Höhe des Orts- und Familienzuschlags dar. Zur Darstellung/Anpassung der Ortsklasse des Hauptwohnsitzes ist im IT 0008 das Datenfeld „Mietenstufe“ einzurichten und mit einem entsprechenden Wert (abhängig vom maßgeblichen Wohnsitz) zu belegen.

Das Datenfeld „Mietenstufe“ ist maschinell aus einer neuen Systemtabelle zu befüllen, die entsprechend der Auflistung der Gemeinden mit Mietenstufen aufgebaut ist. Die Werte im neuen Datenfeld „Mietenstufe“ werden anhand der im IT0006 gespeicherten Anschrift des Subtyp 1 (Ständiger Wohnsitz) bzw. wenn der neue Subtyp 91 „entsendende Dienststelle“ vorhanden ist aus diesem und dem Gemeindeschlüssel aus der Auflistung der Gemeinden mit Mietenstufen entnommen. In den o.g. Ausnahmefällen ist ggf. auf den dienstlichen Wohnsitz aus dem IT 0001 bzw. in den Versorgungsfällen auf die Ortsklassse 1 abzustellen. Das Datenfeld „Mietenstufe“ soll über eine „Übersteuerung Mietenstufe“ manuell überschreibbar sein.

Die rechtliche Grundlage der Mietenstufen ergibt sich aus § 38 Nummer 2 Wohngeldgesetz vom 24. September 2008 (BGBl. I S. 1856 in Verbindung mit der Anlage zur Wohngeldverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2722)) i. V. m. § 12 WoGG. Ab 01.01.2023 gilt die neue Fassung BGBl. Teil 1 Nr. 48.

Demnach richtet sich die Zugehörigkeit einer Gemeinde zu einer Mietenstufe nach dem Mietenniveau (§ 12 Abs. 2 Satz 1 WoGG). Die Feststellung des Mietenniveaus, unterteilt nach Gemeinden und Kreisen, erfolgt dabei durch das Statistische Bundesamt (§ 12 Abs. 3 WoGG).

Nach § 12 Abs. 5 WoGG gilt dabei:

|  |  |
| --- | --- |
| Mietenstufe | Mietenniveau |
| I | < -15 % |
| II | -15% bis < -5% |
| III | -5% bis < 5% |
| IV | 5% bis < 15% |
| V | 15% bis < 25% |
| VI | 25% bis < 35% |
| VII | >= 35% |

* + 1. Künftige Tabellenstruktur und Zuordnung zu den Stufen des orts- und familienbezogenen Besoldungsbestandteiles (OFZ)

Neben der Berücksichtigung von Mietenstufen (s. Ziff. 3.1) in Form von Ortsklassen kennzeichnet die Tabellenstruktur des OFZ teilweise voneinander unabhängige Stufen (L und V sowie Stufen für die ersten zwei Kinder eines Zahlfalles) sowie auch aufeinander aufbauende Stufen (3. und weitere Kinder) des Orts-Familienzuschlags. Bei Aufnahme von pflegebedürftigen nahen Angehörigen werden diese für den OFZ wie ein Kind (also in den Stufe 1 ff. ) eingestuft. Zur **Stufe V** gehören jedoch **weiterhin** Beamte und Beamtinnen, die eine andere Person, deren Hilfe sie aus gesundheitlichen Gründen bedürfen, nicht nur vorübergehend in ihre Wohnung aufgenommen haben.

|  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
|  | nicht verheiratet | verheiratet | 1. Kind | 2. Kinder | zzgl. für das 3. Kind | zzgl. je weiterem Kind |
|  | Stufe L | Stufe V | Stufe 1 | Stufe 2 | Stufe 3 | Stufe 4 |
| Mietstufe I |  | 77,00 | 305,34 | 446,07 | 436,16 | 522,16 |
| Mietstufe II |  | 77,00 | 305,34 | 446,07 | 436,16 | 522,16 |
| Mietstufe III |  | 77,00 | 305,34 | 477,46 | 449,25 | 563,90 |
| Mietstufe IV |  | 77,00 | 326,23 | 508,84 | 462,73 | 606,06 |
| Mietstufe V |  | 99,00 | 347,12 | 540,22 | 476,61 | 648,60 |
| Mietstufe VI |  | 121,00 | 368,01 | 609,85 | 490,91 | 691,56 |
| Mietstufe VII | 149,83 | 149,83 | 480,52 | 690,66 | 505,63 | 734,95 |

Neben den Monatsbeträgen des Orts- und Familienzuschlags (Anlage 5 BayBesG-E) werden ab der Stufe 1 für jedes zu berücksichtigende Kind (im Gegensatz zu pflegebedürftigen Angehörigen) Erhöhungsbeträge in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 10 zusätzlich gewährt (gilt auch für Fälle mit Zusatz z.B. „A9+AZ“, A9MDVER bzw. „A5POL“ usw.). Bisher waren die Erhöhungsbeträge auf die Angehörigen der Besoldungsgruppen A 3 bis A 5 beschränkt.

Die Berechnungsroutine ist somit auf den Kreis der Angehörigen der Besoldungsgruppen A 3 bis A 10 auszuweiten.

Erhöhungsbeträge in den Besoldungsgruppen A3 – A10 werden **nur** für zu berücksichtigende Kinder gewährt. Eine Ausweitung auf pflegebedürftige nahe Angehörige, für die ebenfalls ein Orts- und Familienzuschlag ab der Stufe 1 gewährt wird, erfolgt bei der Gewährung der Erhöhungsbeträge nicht.

Wie bereits bisher, durch den Satz unterhalb der Tabelle der Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 10 (Anlage 5 BayBesG), wird auch ab dem Inkrafttreten der Neuregelung ein Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt, soweit die Besoldung aus der höheren Besoldungsgruppe hinter der aus der niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt.

Die Berechnungsroutine zur Erzeugung des FZ-Besoldungsausgleichs ist somit auf den Kreis der Angehörigen der Besoldungsgruppen A 3 bis A 11 auszuweiten.

Da nur sehr wenige Fälle über diese Regelung einen „FZ-Besoldungsausgleich“ (über die neue Lohnart 0085) erhalten, wird von der Aufnahme dieser Lohnart als Vorschlagslohnart abgesehen. Für die Sachbearbeiter ist jedoch eine Meldung in der ZPAT\_Meldungen einzurichten. Auf die Ausführungen in Nr. 17.1 wird verwiesen.

**Hinweis:**

Wenn **Kinder/aufgenommene pflegebedürtige Angehörige** vorhanden sind, ist der **Familienstand unerheblich**. Die Tabelle beginnt dann bei Stufe „1“ ff..

Der **Stufe L** werden Personen zugeordnet, die nicht zur Stufe V bzw. zur Stufe 1 ff. gehören (Art. 36 Abs. 2 BayBesG-E).

Für die Bemessung des Witwengeldes nach Art. 36 Abs. 1 BayBeamtVG wird der Orts- und Familienzuschlag der Stufe L nach dem Hauptwohnsitz der Witwe zugrunde gelegt, soweit kein Anspruch ab der Stufe 1 nach Art. 69 Abs. 2 BayBeamtVG besteht. (Art. 69 Abs. 1 Satz 3 BayBeamtVG-E).

Der **Stufe V** werden Personen zugeordnet, die verheiratet sind bzw. in einer Lebenspartnerschaft i.S.d. Lebenspartnerschaftsgesetzes leben und nicht zur Stufe 1 ff. gehören (Art. 36 Abs. 3 BayBesG-E).

Zur **Stufe V** gehören auch Personen, die eine andere Person, deren Hilfe sie aus gesundheitlichen Gründen bedürfen, nicht nur vorübergehend in ihre Wohnung aufgenommen haben (Art. 36 Abs. 4 BayBesG-E) und nicht der Stufe 1 ff. angehören. Beanspruchen in diesen Fällen jedoch mehrere Anspruchsberechtigte den OFZ ist der Betrag der Stufe V anteilig zu gewähren.

Ansonsten unterliegt die Stufe V keiner Konkurrenzregelung.

Zur **Stufe 1** und den folgenden Stufen gehören Personen, denen Kindergeld nach dem EStG oder dem BKGG zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 64 oder § 65 EStG oder § 3 oder § 4 BKGG zustehen würde. Die Stufe richtet sich nach der Anzahl der berücksichtugngsfähigen Kinder. Hat neben dem Betroffenen eine andere Person Anspruch auf einen kindbezogenen Anteil nach einem Besoldung- oder Versorgungsgesetz, wird der auf das jeweilige Kind entfallene Betrag dem gewährt, dem auch das Kindergeld gewährt wird oder ohne Berücksichtigung des § 65 EStG oder § 4 BKGG vorrangig zu gewähren wäre. Art. 6 BayBesG (Teilzeitkürzung) findet auf den Betrag keine Anwendung, wenn ein Anspruchsberechtigter vollbeschäftigt oder nach beamtenrechtlichen Grundsätzen versorgungsberechtigt ist oder mehrere Anspruchsberechtigte in Teilzeit beschäftigt sind und dabei zusammen mindestens die regelmäßige Arbeitzeit bei Vollbeschäftigung erreichen (Art. 36 Abs. 5 Satz 6 BayBesG-E).

Zur **Stufe 1** und den folgenden Stufen gehören auch Personen, die einen nahen Angehörigen i.S.d. Art. 20 Abs. 5 BayVwVfG mit mindestens Pflegegrad 2 nicht nur vorübergehend in ihre Wohnung aufgenommen haben (Art. 36 Abs. 6 BayBesG-E). Beanspruchen jedoch mehrere Anspruchsberechtigte für die gleiche Person die Stufe, ist der Betrag anteilig zu gewähren (Art. 36 Abs. 6 Satz 2 i.V.m. Abs. 4 Satz 2 und Abs. 5 Satz 2 BayBesG-E). Die Regelung des Art. 36 Abs. 5 Satz 6 BayBesG-E gilt hier jedoch nicht (bei einer Teilzeitbeschäftigung wird der Betrag immer der Teilzeit entsprechend gekürzt).   
Zu den in Art. 36 Abs. 6 BayBesG-E genannten Angehörigen im Sinne des Art. 20 Abs. 5 BayVwVFG zählen unter anderm auch Verwandte in gerader Linie (somit auch Kinder) und der Ehegatte/Lebenspartner im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes.   
Dies führt im Falle eines Ehegatten/Lebenspartner dazu, dass ab dem Zeitpunkt, ab dem bei dem in die Wohnung des Berechtigten „aufgenommenen“ Ehegatten/Lebenspartner ein Pflegegrad von 2 oder höher festgestellt wird, eine Zuordnung statt zur Stufe V, zur Stufe 1 nach Art. 36 Abs. 6 BayBesG-E möglich ist. Soweit bereits für ein zu berücksichtigendes Kind bzw. mehrere zu berücksichtigender Kinder die Stufe 1 ff. gewährt wurde, würde sich ab der Einstufung des Ehegatten/Lebenspartners als zu pflegende Person die Stufe erhöhen.   
Anders verhält es sich bei einem wegen Anspruch auf KiG ohnehin zu berücksichtigenden Kindes des Berechtigten, für das ebenfalls ein Pflegegrad von mindestens 2 festgestellt wird. In diesem Fall bleibt es auch nach Feststellung einens Pfelgegrades von mindestens 2 bei dem bereits gewährten OFZ-Anspruch der Stufe 1 ff.. Die Zuordnung zu einer höheren Stufe nach Art. 36 Abs. 6 BayBesG-E wegen Aufnahme eines Angehörigen im Sinne des Art. 20 Abs. 5 BayVwVfG kommt hier nicht in Betracht. **Diese Rechtsauffassung wurde durch das StMFH bestätigt.**

Ist eine Person bereits der Stufe 1 ff. (Art. 36 Abs. 5 – 7 BayBesG-E) zugeordnet, werden keine Beträge aus den Stufen „L“ bzw. „V“ gewährt. Somit werden diese Stufen auch generell von den Stufen 1 ff. weder abgezogen noch hinzu addiert.

In der Versorgung sind die Stufen L und V als **ruhegehaltfähige Bezüge** (Art. 12 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BayBeamtVG-E) anzusetzen. Ab Stufe 1 ff. wird der Orts- und Familienzuschlag in voller Höhe **neben** den Versorgungsbezügen gewährt (Art. 69 Absatz 2 Satz 1 bis 3 BayBeamtVG-E). Auch hier werden die Stufen „L“ bzw. „V“ generell von den Stufen 1 ff. weder abgezogen noch hinzu addiert.

Der Orts- und Familienzuschlag ab der Stufe 1 wird **neben** dem Ruhegehalt gezahlt (Art. 69 Abs. 2 Satz 1 BayBeamtVG-E). Er wird unter Berücksichtigung der nach den Verhältnissen des verstorbenen Beamten, der Beamtin, des Ruhestandsbeamten oder der Ruhestandsbeamtin für die Bemessung des Orts- und Familienzuschlags in Betracht kommenden Kinder **neben** dem Witwengeld gezahlt, soweit der Witwer oder die Witwe Anspruch auf Kindergeld für diese Kinder hat oder ohne Berücksichtigung der §§ 64, 65 des Einkommensteuergesetzes (EStG) oder der §§ 3, 4 des Bundeskindergeldgesetzes (BKGG) haben würde (Art. 69 Abs. 2 Satz 2 BayBeamtVG-E). Soweit kein Anspruch neben dem Witwengeld besteht, wird der Orts- und Familienzuschlag ab der Stufe 1 **neben** dem Waisengeld gezahlt, wenn die Waise bei den Stufen des Orts- und Familienzuschlags zu berücksichtigen ist oder zu berücksichtigen wäre, wenn der Beamte, die Beamtin, der Ruhestandsbeamte oder die Ruhestandsbeamtin noch lebte (Art. 69 Abs. 2 Satz 3 BayBeamtVG-E). Hatte der Versorgungsurheber zum Zeitpunkt seines Todes Anspruch auf Orts- und Familienzuschlag nach Art. 36 Abs. 6 BayBesG und wird die Pflege von dem Witwer, der Witwe oder der Waise fortgeführt, ist die Stufe 1 oder folgende bei der Hinterbliebenenversorgung zu berücksichtigen, solange die Anspruchsvoraussetzungen weiterhin vorliegen (Art. 69 Abs. 2 Satz 4 BayBeamtVG-E).

Sind mehrere Anspruchsberechtigte vorhanden, wird der Orts- und Familienzuschlag ab der Stufe 1 nach Art. 69 Abs. 2 Satz 7 BayBeamtVG-E auf die Anspruchsberechtigten nach der Zahl der auf sie entfallenden Kinder oder Anspruchsberechtigte nach Art. 36 Abs. 6 BayBesG-E **zu gleichen Teilen** aufgeteilt.

* + 1. Besonderheiten bei berücksichtigungsfähigen Kindern (Zahl- und Zählkinder)

Die Stufe 1 ff. für Kinder (Art. 36 Abs. 5 BayBesG-E) richtet sich auschließlich nach der Anspruchsberechtigung im Sinn des Kindergeldrechts. Wie bisher ist die Entscheidung der Familienkasse bindend. Der jeweilige Kinderstufenbetrag soll nur einmal gewährt werden.

Beträge, die nur auf die Reihenfolge mitbestimmenden Kinder (sog. Zählkinder) entfallenden, sind vom Betrag der für den Betroffenen eigentlich maßgeblichen Stufe abzuziehen.

Der auf das jeweilige Kind entfallende OFZ der künftigen Stufen 1 ff. kann damit auch weiterhin nur einem Betroffenen gewährt werden (in der Regel der Kindergeldbezieher oder die Kindergeldbezieherin).

Zur Erläuterung der Rechenregeln für die Berücksichtigung von Zähl-/Zahlkindern dienen die folgenden Fallbeispiele:

Beamtenehepaar (A, B) in Mietenstufe VII (ohne Berücksichtigung von Erhöhungsbeträgen), 3 Kinder

1. Beamter A erhält für alle Kinder Kindergeld: OFZ: 1.196,29 €  
   Beamtin B: OFZ: 149,83 €
2. Beamter A erhält für das 2. und 3. Kind das Kindergeld, die Ehefrau für das 1. Kind:  
   Beamter A: OFZ: 715,77 € (Differenz zwischen Stufe „1“ [ein Kind] und Stufe „2“ [zwei Kinder] 210,14 € zzgl. 505,63 € für das 3. Kind)  
   Beamtin B: OFZ: 480,52 €
3. Beamter A erhält für das 1. und das 3. Kind das Kindergeld, Beamtin B für das 2. Kind:  
   Beamter A: OFZ: 986,15 € (Stufe  „1“ [ein Kind] 480,52 € zzgl. 505,63 € für das 3. Kind)  
   Beamtin B: OFZ: 210,14 € (= Differenz Stufe 2: 690,66 € ./. Stufe 1: 480,52)
   * 1. Zuordnung von Personen zu den jeweiligen Stufen

In den folgenden Punkten wird dargelegt anhand welcher Komponenten die Zuordung zu den jeweiligen Stufen erfolgt.

Auf die **Anlage „Verwendung IT 0595 für Besitzstand und OFZ-Zahlung“** wird verwiesen.

* + - 1. Stufe L

Zur Stufe L gehören alle Betroffenen, die nicht zur Stufe V, zur Stufe 1 oder den folgenden Stufen angehören. Für die Festlegung der Stufe ist grundsätzlich der Familienstand aus dem IT 0002 nicht relevant.

Zahlfälle bei denen kein IT 0595 Subtyp 1 / 15 / 3 bzw. 2 mit Wert „Zahlkind“ vorhanden ist.

Wegen den bisherigen Fällen mit Grund „H1 ledig (Altfall)“ und „H2 gesch. (Altfall)“ im IT 0595 Subtyp 3 wird auf die **Anlage „Verwendung IT 0595 für Besitzstand und OFZ-Zahlung“** verwiesen.

Familienstand aus dem IT 0002 Feld „Familienst“ (FATXT) Werte:

* Ledig
* Verw
* Gesch
* Nv
* LPartA
* LPartV

Hinweis Versorgung:

Der Ruhegehaltempfänger (Versorgungsurheber) verstirbt und es ist eine versorgungsberechtigte Witwe vorhanden: Bei der Bemessung des Witwengeldes nach Art. 36 Abs. 1 BayBeamtVG ist der Orts- und Familienzuschlag der Stufe L nach dem Hauptwohnsitz der Witwe zugrunde zu legen.

Führt der Tod des Versorgungsurheber auch zum Anspruch auf einen entsprechenden OFZ der Stufe 1 ff. für eine oder mehrere Kinder (Waisen), dann wird der OFZ der Stufe 1 ff. gewährt (neben dem Witwengeld oder dem Waisengeld, ggf. Aufteilung) und die Stufe L wird bei der Bemessung des Witwengeldes nicht berücksichtigt. Siehe auch Hinweis unten unter Stufe 1ff..

* + - 1. Stufe V

Zur Stufe V gehören, soweit diese nicht zur Stufe 1 oder den folgenden Stufen angehören, verheiratete Betroffene bzw. solche in einer Lebenspartnerschaft nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz. Für die Festlegung der Stufe ist grundsätzlich der Familienstand aus dem IT 0002 nicht relevant.

Familienstand aus dem IT 0002 Feld „Familienst“ (FATXT) Werte:

* verh
* LPArt

Sowie

Betroffene, die nicht zur Stufe 1 oder den folgenden Stufen gehören und eine andere Person, deren Hilfe sie aus gesundheitlichen Gründen bedürfen in ihre Wohnung nicht nur vorübergehend aufgenommen haben.

Familienstand aus dem IT 0002 Feld „Familienst“ (FATXT) Werte:

* Ledig
* Verw
* Gesch
* Nv
* LPartA
* LPartV

Mit IT 0595 Subtyp 1, 15 oder ein Subtyp 3 mit Eintrag „1 voll, 2 halb, 3 variabel“ im Feld „Ehegattenbestandteil“ und Grund „B9 Aufn. andere Person“ die nicht gleichzeitig einen IT 0595 Subtyp 2 mit Wert „Zahlkind“ haben.

* + - 1. Stufe 1ff.

Zur Stufe 1 und den folenden Stufen gehören Betroffene, denen Kindergeld nach dem EStG oder dem BKGG zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 64 oder § 65 EStG oder § 3 oder § 4 BKGG zustehen würde. Die Stufe richtet sich nach der Zahl der berücksichtungsfähigen Kinder/Angehörigen. Hat neben dem Betroffenen eine andere Person Anspruch auf einen kindbezogenen Anteil nach einem Besoldung- oder Versorgungsgesetz, wird der auf das jeweilige Kind entfallene Betrag dem gewährt, dem auch das Kindergeld gewährt wird oder ohne Berücksichtigung des § 65 EStG oder § 4 BKGG vorrangig zu gewähren wäre. Für die Festlegung der Stufe ist grundsätzlich der Familienstand aus dem IT 0002 nicht relevant.

Familienstand aus dem IT 0002 Feld „Familienst“ (FATXT) Werte:

* Ledig
* Verh
* Verw
* Gesch
* Nv
* Getr
* LPartA
* LPartV
* LPart

Zahlfälle mit IT 0595 Subtyp 2 mit Wert „Zahlkind“.

Hinweis Versorgung:

Der Ruhegehaltempfänger (Versorgungsurheber) verstirbt und es ist eine versorgungsberechtigte Witwe und ein waisengeldberechtigtes Kind bzw. waisengeldberechtigte Kinder vorhanden: Es wird auf die familiären Verhältnisse des Versorgungsurheber abgestellt und der zustehende OFZ der Stufen 1 ff. bei Anspruch der Witwe neben dem Witwengeld oder z. B. bei versorgungsrechtlichen Vollwaisen neben dem Waisengeld gewährt (Art. 69 Abs. 2 Satz 2 und 3 BayBeamtVG-E). Sind mehrere Anspruchsberechtigte vorhanden, wird der OFZ ab der Stufe 1 auf die Anspruchsberechtigen nach der Zahl der auf sie entfallenden Kinder oder Anspruchsberechtigten nach Art. 36 Abs. 6 BayBesG-E zu gleichen Teilen aufgeteilt (Art. 69 Abs. 2 Satz 7 BayBeamtVG).

Besteht für kein Kind mehr Anspruch auf OFZ und somit kein Anspruch mehr auf Stufe 1 ff., wird als Bemessungsgrundlage zur Berechnung des Witwengeldes die Stufe L herangezogen.

Zur Stufe 1 und den folgenden Stufen gehören **auch** Betroffene, die einen Angehörigen im Sinn des Art. 20 Abs. 5 BayVwVfG mit mindestens Pflegegrad 2 nicht nur vorübergehend in ihre Wohnung aufgenommen haben. Beanspruchen mehrere Anspruchsberechtigte oder nach beamtenrechtlichen Grundsätzen Versorgungsberechtigte einen OFZ aus diesem Grund, ist der Betrag dieser Stufe nach der Zahl der Berechtigten anteilig zu gewähren. Die Stufe richtet sich nach der Zahl der berücksichtigungsfähigen Angehörigen/Kinder. Für die Festlegung der Stufe ist grundsätzlich der Familienstand aus dem IT 0002 nicht relevant.

Familienstand aus IT 0002 Feld „Familienst“ (FATXT) Werte:

* Ledig
* Verh
* Verw
* Gesch
* Nv
* Getr
* LPartA
* LPartV
* LPart

Zahlfälle mit IT 0595 Subtyp 2 mit Eintrag „1 voll, 2 halb, 3 variabel“ im Feld „Ehegattenbestandteil“ und Wert „56 pflegeb. Angeh.“ im Feld „Grund“.

Auch die Abbildung der Sachverhalte nach der neuen Rechtslage ergibt sich aus der **Anlage „Verwendung IT 0595 für Besitzstand und OFZ-Zahlung“**.

* + 1. Umstellung auf die neuen OFZ-Lohnarten
       1. Neue Lohnart 0080 (OFZ Gesamt)

Bei der Anzeige des OFZ im IT 0008 ersetzt die Lohnart 0080 die Lohnarten 0081 – 0083. Die Lohnart 0080 wird **ausschließlich** hierfür verwendet.

Die neue Lohnart 0080 wird nicht auf dem Entgeltnachweis (Bezügemitteilung) bzw. auf anderen Ausgabeprodukten (z.B. WordSB, Bescheinigungswesen PM 20) ausgewiesen.

* + - 1. Neue Lohnart 0081 – 0083 und 0085 (OFZ Stufe L, OFZ Stufe V, OFZ Stufe 1ff. und OFZ Besoldungsausgleich

Die Lohnarten 0081 - 0083 sowie ggf. zusätzlich die Lohnart 0085 ersetzen in ihrer Wirkung die bisherige Lohnart 0050. Diese Lohnarten sind somit, je nach Belegung, auf dem Entgeltnachweis (Bezügemitteilung) bzw. auf anderen Ausgabeprodukten (z.B. WordSB, Bescheinigungswesen PM 20) auszuweisen.

* + - 1. Neue Lohnart 7081 (OFZ Stufe L) für den Bereich Versorgung

Die Lohnart 7081 wird für den OFZ der Stufe L neu eingeführt. Diese Lohnart ist somit, je nach Belegung, auf dem Entgeltnachweis (Bezügemitteilung) bzw. auf anderen Ausgabeprodukten (z.B. VADM, WordSB) auszuweisen.

* + - 1. Neue Lohnart 7082 (OFZ Stufe V) für den Bereich Versorgung

Die Lohnart 7082 ersetzt in ihrer Wirkung die bisherige Lohnart 7051. Diese Lohnart ist somit, je nach Belegung, auf dem Entgeltnachweis (Bezügemitteilung) bzw. auf anderen Ausgabeprodukten (z.B. VADM, WordSB) auszuweisen.

* + 1. Anpassung der Fällen nach dem BaySchFG (MAG „G und H“)

Gem. § 8 Gesetz zur Neuausrichtung orts- und familienbezogener Besoldungsbestandteile wird Art. 7 Abs. 2 Nrn. 1 u. 2 BaySchFG (Vergütung des Unterrichts durch Lehrkräfte der Kirchen und kirchlichen Genossenschaften an Grundschulen, Mittelschulen und Förderzentren) neu gefasst.

Danach wird den kirchlichen Genossenschaften für die von ihnen zur Verfügung gestellten Lehrkräften/Förderlehrern künftig grundsätzlich auch ein Orts- und Familienzuschlag der **Stufe 1 in Ortsklasse I – III** gezahlt.

Aufgrund einer Übergangsregelung (Art 59 b BaySchFG) wird jedoch ab Inkrafttreten der OFZ nicht lt. Anlage 5 des o. g. Gesetzes, sondern nach Anlage 5 des BayBesG in der am Tag vor dem Inkrafttreten gültigen Fassung gewährt [=  FZ-Stufe 1 (alt)].

Die Übergangsregelung bestimmt auch die oben bereits dargestellten Erhöhungsschritte. Erst ab 01.08.2025 wird der in Art. 7 Abs. 2 Nrn. 1. u. 2 BaySchFG genannte OFZ-Stufe 1 Ortsklasse I – III tatsächlich auch in voller Höhe gezahlt.

Ab Inkrafttreten des Gesetzes zur Neuausrichtung ort- und familienbezogener Besoldungsbestandteile bleibt deshalb der Betrag, der bisher mit Lohnart 0053 gewährt wurde und neu über die Lohnart 0084 abgebildet wird, zunächst unverändert [BesGr. bis A8: 142,52 €, übrige BesGr: 149,64 €; entspricht FZ-Stufe 1 (alt)]. In Art.7 BaySchFG ist lediglich von Lehramtsanwärtern/Förderlehrer in Vorbereitungsdienst/Lehrkräften sowie Förderlehrer die Rede, so dass grundsätzlich nur der Betrag für „übrige BesGr.“ relevant ist. Es wurde jedoch festgestellt, dass auch Fälle mit BesGr. A7 und A8 im System vorhanden waren bzw. noch sind, so dass die Beträge auch für diese BesGr. mit den entsprechenden Beträgen gepflegt werden muss.

Ab dem Inkrafttreten des OFZ sollten also für BesGr. A7 bis A8 der Betrag von 142,52 € und für die übrigen BesGr. 149,64 € gepflegt werden.

Dieser wird sich

* ab 01.08.2023 um ein Drittel der Differenz zwischen BesGr. A7 – A8: 142,52 €, übrige BesGr: 149,64 € und der neuen OFZ-Stufe 1 (Ortsklasse  I – III = 305,34 €) auf aktuell
  + BesGr. A7 – A8: 196,79 €
  + übrige BesGr.: 201,54 € erhöhen.
* ab 01.08.2024 um zwei Drittel der Differenz zwischen BesGr. A7 – A8: 142,52 €, übrige BesGr: 149,64 € und der neuen OFZ-Stufe 1 (Ortsklasse  I – III = 305,34 €) auf aktuell
  + BesGr. A7 – A8: 251,07 €
  + übrige BesGr.: 253,44 € erhöhen.

Ab 01.08.2025 wird dieser durch den dann gültigen Betrag der OFZ-Stufe 1 (Ortsklasse  I – III), der Anlage 5, ersetzt (aktuell 305,34 €).

Die Lohnart 0084 (bisher Lohnart 0053) ersetzt in ihrer Wirkung die bisherige Lohnart 0050. Diese Lohnart ist somit auf dem Entgeltnachweis (Bezügemitteilung) bzw. auf anderen Ausgabeprodukten (z.B. WordSB, Bescheinigungswesen PM 20) auszuweisen.

**Für Mitarbeiterkreis HI gilt Folgendes:**

Tarifgruppe KA10N bis KA13N:

Die Vergütung setzt sich zusammen aus 1/12 des 12,7- bzw. 12,65-fachen des Grundgehalts der jew. Besoldungsgruppe Stufe 7, OFZ neu (Stufe 1 in OKl I – III, Übergangsregelung = 149,64 Euro, ab 01.08.2023 = 201,54 Euro) zuzüglich 25 % Versorgungszuschlag hieraus.

Tarifgruppe KA10 bis KA13:

Die Vergütung setzt sich zusammen aus 1/12 des 13-fachen des Grundgehalts der jew. Besoldungsgruppe Stufe 7, OFZ neu (Stufe 1 in OKl I – III, Übergangsregelung = 149,64 Euro , ab 01.08.2023 = 201,54 Euro); dazu kommt die LoA 0440 (Urlaubsgeld PKE in Höhe von 21,30 Euro). Die LoA 0530 (Versorgungszuschlag) berechnet sich aus den LoA 0001 und 0053 (neu: 0084).

Die jeweils gültigen Beträge, die als Grundlage für die Berechnung der Bezüge heranzuziehen sind, werden bei Änderungen aab 01.08.2024 mit einer gesonderten Änderungsanforderung mitgeteilt.

**Zur Zeit gelten folgende Beträge (vom 01.12.2022 bis 31.07.2023):**

Für die Bildung der LoA 0530 (Versorgungszuschlag) sind die LoA 0001 (Grundgehalt) und 0053 (Familienzuschlag) maßgebende Berechnungsgrundlage

|  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Tarifgr. | ab | GG Stufe 7 | Faktor | 1/12 = Betrag LoA 0001 | FZ Stufe 1 | Faktor | 1/12 = LoA 0053 |
| KA10N | 01.12.2022 | 3.835,46 | 12,7 | 4.059,20 | 149,64 | 12,7 | 158,37 |
| KA11N | 01.12.2022 | 4.191,16 | 12,7 | 4.435,64 | 149,64 | 12,7 | 158,37 |
| KA12N | 01.12.2022 | 4.583,52 | 12,65 | 4.831,79 | 149,64 | 12,65 | 157,75 |
| KA13N | 01.12.2022 | 5.109,62 | 12,65 | 5.386,39 | 149,64 | 12,65 | 157,75 |

Hinweis: Die Vergütung setzt sich zusammen aus 1/12 des 12,7- bzw. 12,65-fachen des Grundgehalts der jew. Besoldungsgruppe Stufe 7, Familienzuschlag Stufe 1 zuzüglich 25 % Versorgungszuschlag hieraus.

Mitarbeiterkreis HI, Tarifart 91 (KA10 bis KA13) ab 01.12.2022:

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Tarifgruppe | LoA | Grundgehalt/St.7 | Faktor | 1/12 = Betrag neue LoA |
| KA10 | 0001  0053 | 3.835,46  149,64 | 13  13 | 4.155,08  162,11 |
| KA11 | 0001  0053 | 4.191,16  149,64 | 13  13 | 4.540,42  162,11 |
| KA12 | 0001  0053 | 4.583,52  149,64 | 13  13 | 4.965,48  162,11 |
| KA13 | 0001  0053 | 5.109,62  149,64 | 13  13 | 5.535,42  162,11 |

Die LoA 0440 - Urlaubsgeld PKE beträgt unverändert 21,30 Euro.

Die LoA 0530 - Versorgungszuschlag berechnet sich wie bisher aus den LOA 0001 und 0053.

**Ab 01.08.2023 gelten folgende Beträge:**

Für die Bildung der LoA 0530 (Versorgungszuschlag) sind die LoA 0001 (Grundgehalt) und 0053 (Familienzuschlag) maßgebende Berechnungsgrundlage. Ab 01.08.2023 erhöht sich der Betrag der Bemessungsgrundlage für die LoA 0053 (neu: 0084) von 149,64 Euro auf **201,54 Euro**.

|  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| *Tarifgr.* | *ab* | *GG Stufe 7* | *Faktor* | *1/12 = Betrag LoA 0001* | *FZ Stufe 1*  *(Bemessungsgrunlage)* | *Faktor* | *1/12 = LoA 0053* |
| *KA10N* | *01.08.2023* | *3.835,46* | *12,7* | *4.059,20* | *201,54* | *12,7* | *213,30* |
| *KA11N* | *01.08.2023* | *4.191,16* | *12,7* | *4.435,64* | *201,54* | *12,7* | *213,30* |
| *KA12N* | *01.08.2023* | *4.583,52* | *12,65* | *4.831,79* | *201,54* | *12,65* | *212,46* |
| *KA13N* | *01.08.2023* | *5.109,62* | *12,65* | *5.386,39* | *201,54* | *12,65* | *212,46* |

Hinweis: Die Vergütung setzt sich zusammen aus 1/12 des 12,7- bzw. 12,65-fachen des Grundgehalts der jew. Besoldungsgruppe Stufe 7, OFZ neu (Stufe 1 in OKl I – III, Übergangsregelung = 192,29 Euro) zuzüglich 25 % Versorgungszuschlag hieraus.

Mitarbeiterkreis HI, Tarifart 91 (KA10 bis KA13) ab 01.08.2023:

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Tarifgruppe | LoA | Grundgehalt/St.7 | Faktor | 1/12 = Betrag neue LoA |
| KA10 \*) | 0001  0053 | 3.835,46  201,54 (Bemessungsgrundlage) | 13  13 | 4.155,08  218,34 |
| KA11 | 0001  0053 | 4.191,16  201,54 (Bemessungsgrundlage) | 13  13 | 4.540,42  218,34 |
| KA12 | 0001  0053 | 4.583,52  201,54 (Bemessungsgrundlage) | 13  13 | 4.965,48  218,34 |
| KA13 \*) | 0001  0053 | 5.109,62  201,54  (Bemessungsgrundlage) | 13  13 | 5.535,42  218,34 |

Die LoA 0053 ist neu die LoA 0084

\*) in KA10 gibt es keine aktiven Fälle mehr, nur noch jeweils 1 Fall in KA11, KA12 und KA13)

Die LoA 0440 - Urlaubsgeld PKE beträgt unverändert 21,30 Euro.

Die LoA 0530 - Versorgungszuschlag berechnet sich wie bisher aus den LOA 0001 und 0053.

* + 1. Umstellungsreport

Zur Umstellung der Daten aus dem IT 0595 zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes wird auf die beiliegende Anlage „Matrix Überleitung“ verwiesen.

Im Rahmen der Umstellung soll das Layout geändert werden die kundneigene Datengruppe „Teilzeitberechnung bei Konkurrenzfällen“ wird ab 01.04.2023 nicht mehr fortgeführt bzw. ist zum 01.04.2023 auszublenden. Zahlfälle. Bei denen in der Datengruppe noch Daten enthalten waren, wurde an die Bezügesachbearbeiterr zur Korrektur (entfernen der Daten aus der Datengruppe) gegeben.Um Datenschiefstände künftig zu vermeiden, sollen im Rahmen des Umstellungsreports auch ausgeschiedene Fälle mitgenommen werden (auch wenn sie einem Mitarbeiterkreis zugeordnet sind, der im Konzept unter Nr. 1 nicht genannt ist).

Die Lohnarten 0054 und 7054 [Familienzuschlag (Diff.)] werden ab dem Umstellungszeitpunkt nicht mehr benötigt. Die Lohnarten waren erforderlich, um die besondere Konkurrenzregelung des Art. 10 BayMinG abbilden zu können. Gem. § 5 des Gesetzes zur Neuausrichtung orts- und familienbezogener Besoldungsbestandteile wird Art. 10 Abs. 1 Nr. 2 BayMinG neu gefasst. Dies für dazu, dass Kabinetsmitglieder einen OFZ nach den für Beamte geltenden Vorschriften erhalten. Somit ist die bisher in Art. 10 Abs. 1 Nr. 2 BayMinG enthaltene besondere Konkurrenzregelung obsolet.

Ab dem Umstellungszeitpunkt können die Lohnarten daher aus dem IT 0008 entfernt werden.

Für Fälle mit dem Wert „H1 ledig (Altfall)“ und „H2 gesch. (Altfall)“ im Feld Grund des IT 0595 Subtyp 3 wird ggf. ein eigener Report benötigt. In diesen Fällen gilt eine Rechtstandswahrung und eine damit verbundene, auch künftige Bezügeanpassung. Diese Fälle werden zum 01.04.2023 mit einer eigenen Lohnart (LoA 7091 (OFZ Rechtstand HStruktG)) im IT 0008 in den Ortsklassen I-VI abgebildet. In der Ortsklasse VII übersteigt der OFZ der Stufe L den bisherigen FZ der Stufe 1. Der IT 0595 Subtyp 3 wird auch bei diesen Fällen, wie in der Anlage „Matrix Überleitung“ beschrieben abgegrenzt.

Neben der Umstellung bzw. Überleitung der Datensätze im IT0595 sind u.a. zur korrekten Anzeige der Mietenstufen im IT0008 vor allem im Zusammenhang mit der maßgeblichen Mietenstufe bei der Witwe bzw. jüngsten Waise bei Hintebliebenen die bisherigen jüngsten Datensätze im IT0008 auf den 1.4.2023 zu kopieren. Dies hat zur Folge, dass im neuen ab dem Zeitpunkt der Rechtsänderung gültigen Datensatz das neue Lohnartenmuster aus der V\_T539A für den jeweiligen Mitarbeiterkreis verwendet wird. Hierbei ist jedoch darauf zu achten, dass in den Fällen, in denen zum Zeitpunkt der Überleitung in das Neue Dienstrecht zum 1.1.2011 Lohnarten wegen des Besitzstandes (Art. 100. 101 BayBeamtVG) weiter zu verwenden waren (z.B. LoA 7216 – Allg. Stellenzulage VB Nr. 27) auch nach der Überleitung zum 1.4.2023 weiterhin zur Verfügung stehen müssen und der neue Überleitungsreport die LoA 7S01 nicht zusätzlich mitanlegt bzw. die LoA aus dem neu angelegten Satz des IT0008 löscht.

* 1. Besitzstand nach Art. 109 Abs. 3 BayBesG-E und Art. 114g Abs. 1 BayBeamtVG-E

Mit Art. 109 Abs. 3 BayBesG und Art. 114g Abs. 1 BayBeamtVG wurden Rechtsgrundlagen geschaffen, um Berechtigten, die zum Inkrafttreten der Neuregelung Anspruch auf einen Familienzuschlag oder eine Ballungsraumzulage bzw. auf beide Leistungen haben, im Wege der Besitzstandswahrung die nach der bisherigen Rechtslage gewährten Leistungen weiter zu gewähren (solange **eine der möglichen Anspruchsvoraussetzungen** nach der bisherigen Rechtslage vorliegt, der konkrete Grund für die Zahlung ist unerheblich), sofern die betragsmäßige Summe der Leistungen den nach den Art. 35 bis 37 in der jeweils geltenden Fassung zu gewährenden Orts- und Familienzuschlag (OFZ) übersteigt.

**Hinweis bezüglich Wegfall des Kasernierungsbetrages** nach Art. 35 Abs. 2 BayBesG (alt) bei der Besitzstandsermittlung (Lohnart 1223):

Beim Vergleich des nach neuem Recht zu zahlenden OFZ mit dem zuvor gezahlten Familienzuschlag nach altem Recht ist der Anrechnungsbetrag nach Art. 35 Abs. 2 BayBesG (alt) außer Ansatz zu lassen.

**Hinweis bezüglich der Ermittlung der dieskriminierunsfreien Mehrarbeit**

Seitens des StMFH wurde folgendes klargestellt: Im Wege der Gesetzesauslegung ergibt sich, dass auch ein fortzuzahlender Familienzuschlag nach Art. 109 Abs. 3 BayBesG-E in die Grundlage für die Berechnung von diskriminierungsfreier Mehrarbeitsvergütung einfließt. Art. 109 Abs. 3 BayBesG-E bezieht sich (u.a.) explizit auf den Familienzuschlag nach Art. 35 bis 37 BayBesG nach altem Recht, bei welchem es sich um eine Besoldungsleistung i.S.d. Art. 2 BayBesG handelt und ordnet an , dass „diese Leistung(en)“ weitergewärht wird (werden), so lange die genannten Voraussetzungen vorliegen. Diens impliziert – auch vom Sinn und Zweck der Übergangsregelung – dass auch in Fällen, in denen künftig über Art. 109 Abs. 3 BayBesG-E jedoch in Verbindung mit dem alten Recht, gewährten Leistungen bei der Berechnung zu berücksichtigen sind.

* + 1. Besitzstandsermittlung

Es ist – ähnlich der Vergleichsrechnung in Art. 109 Abs. 1 BayBesG-E – im Wege einer Gesamtbetrachtung zwischen den im jeweiligen Zeitraum nach der vor dem Inkrafttreten der Neuregelung geltenden Rechtslage zu gewährenden Familienzuschlägen zzgl. der ggf. zu gewährenden Ballungsraumzulage mit dem tatsächlich zu gewährenden Orts- und Familienzuschlag ein Differenzbetrag zu ermitteln, welcher, sofern dieser größer Null ist, zusätzlich zu gewähren ist.

Fälle, die aufgrund einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge am Tag vor dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes keinen Anspruch auf Gewährung eines FZ oder einer BRZ haben, werden hinsichtlich des Besitzstandes so gestellt, als hätte die Beurlaubung am Tag vor dem Tag des Inkrafttretens geendet (Art. 109 Abs. 3 Satz 2 BayBesG-E).

Grundsatz:

Anspruch FZ (alt) + Ballungsraumzulage (alt) = **Besitzstand** (zum Stichtag)

Besitzstand ./. OFZ (Tag nach Stichtag) = **Besitzstandszulage** (sofern größer Null)

Für die Ermittlung der Besitzstandszulage gilt folgender Rechenweg:

**Besitzstand FZ** (alt) (LoA 0050 am Stichtag) **[[1]](#footnote-1)**)

**- OFZ (neu)** (LoA 0080 in der aktuellen Periode)

**„Differenz“ *FZ-Besitzstandszulage*** falls positiver Betrag;  
„positive Differenz“ in neue ***LoA-1*** abstellen (**zahlungsrelevant; Musterlohnart 0050**; fließt deshalb auch in SZ, ATZ-Z und Zuschlag begr. Dienstf. ein; LoA-1 wird auf Bezügemitteilung ausgegeben)

Rechenweg auch bei negativem Betrag fortsetzen

**+** **Besitzstand BaZ Grundbetrag** (LoA 9203 am Stichtag; ggf. auch LoA 9207 (BaZ man.), LoA 9208 (BaZ Besitzstand (alter Besitzstand)) **1**)

**+ Besitzstand BaZ Kinderzuschlag** (LoA 9204 am Stichtag) **1**)

***Besitzstandszulage gesamt*** falls positiver Betrag; ein negativer Betrag ist zu verwerfen >>> Ende Berechnung;

positiver Betrag kann, muss aber nicht in eine neue LoA abgestellt werden (es ist keine weitere Verwendung geplant);

**- FZ-Besitzstandszulage (nur wenn oben positiver Betrag)**

***BaZ-Besitzstandszulage*** falls positiver Betrag;

positiven Betrag in neue ***LoA-2*** abstellen (**zahlungsrelevant analog Ballungsraumzulage; Musterlohnart 9203;**

fließt deshalb nicht in SZ, ATZ-Z und Zuschlag begr. Dienstf. ein)

LoA-2 wird auf Bezügemitteilung ausgegeben.

Die detaillierten Berechnung ist auch in Nr. 2 der **Anlage „Ermittlung Besitzstand und Besitzstandszulage“** enthalten.

Wird **zum Stichtag kein Anspruch auf eine Besitzstandszulage** festgestellt, kann auch bei Änderungen in den Anspruchsverhältnissen nach dem Stichtag keine Besitzstandszulage mehr entstehen.   
Nachträgliche Änderungen, die in einen **Zeitraum vor dem Stichtag** zurückwirken, sind hingegen hinsichtlich des Anspruchs auf Besitzstandszulage erneut zu prüfen.

Wird **zum Stichtag eine Besitzstandszulage** festgestellt, wirken sich nach dem Stichtag liegende Änderungen in den Anspruchsverhältnissen (z.B. Wohnsitzwechsel, Änderung Familienstand usw.) ab dem Änderungszeitpunkt auf die Höhe der Besitzstandszulage aus. Dies gilt auch, wenn beurlaubte Fälle mit Anspruch auf Besitzstand im Zeitpunkt der Änderung der Anspruchsverhältnisse weiterhin beurlaubt sind.

Siehe hierzu Nr. 1 der **Anlage „Ermittlung Besitzstand und Besitzstandszulage“**.

Mit Art. 114g Absatz 1 BayBeamtVG-E wurde eine Rechtsgrundlage geschaffen, dass am Tag vor dem Tag des Inkrafttreten der Neuregelung zugestandene Familienzuschläge für vor dem Tag des Inkrafttreten des Gesetzes vorhandene Versorgungsempfänger in entsprechender Anwendung des bis zum Tag vor Inkrafttretens des Gesetzes geltenden Rechts solange anstelle des Orts- und Familienzuschlags weiter gewährt werden, bis die Anspruchsvoraussetzungen nach dem am Tag vor dem Inkrafttreten des Gesetzes geltenden Recht nicht mehr vorliegen oder ein höherer Orts- und Familienzuschlag zusteht. Die Zuschläge (Fassung vor Inkrafttreten des Gesetzes) nehmen nicht an den allgemeinen Anpassungen der Versorgungsbezüge nach Art. 4 BayBeamtVG teil. Verstirbt der Versorgungsurheber nach dem Ende des Monats des Inkrafttretens, findet Art. 69 BayBeamtVG Anwendung.

Siehe hierzu Nr. 1 der **Anlage „Fallbeispiele Besitzstand und Besitzstandszulage Versorgung“**.

Besitzstandswechsel von Besoldung nach Versorgung:

Ein Differenzbetrag nach Art. 109 Abs. 3 BayBesG-E , der vor der Versetzung oder dem Eintritt in den Ruhestand (vor Inkrafttreten der Neuregelung Anspruch auf Familienzuschlag der Stufe 1 und/oder auf Unterschiedsbetrag des Familienzuschlags wegen Besoldung) zuletzt zugestanden hat, wird Ruhestandsbeamten mit folgenden Maßgaben weiter gewährt:

1. Soweit er auf einem am Tag vor dem Tag des Inkrafttreten der neuen Regelung bestehenden Anspruch auf Familienzuschlag der Stufe 1 beruht, gilt er **als ruhegehaltfähiger Bezug**,

2. soweit er auf einem am Tag vor dem Tag des Inkrafttreten der neuen Regelung bestehenden Anspruch auf Unterschiedsbetrag des Familienzuschlags zwischen der Stufe 1 und der nach dem Bayerischen Besoldungsgesetz zustehenden Stufe. beruht, wird er **neben dem Ruhegehalt** weitergezahlt,

3. soweit er auf einem am Tag vor dem Tag des Inkrafttreten des Gesetzes bestehenden Anspruch auf Ballungsraumzulage nach Art. 94 BayBesG in der am Tag vor dem Tag des Inkrafttreten des Gesetzes geltenden Fassung beruht, **bleibt er außer Ansatz**.

Der Differenzbetrag vermindert sich jeweils um den Betrag, um den sich ein daneben zustehender Orts- und Familienzuschlag erhöht. Der Anspruch entfällt, wenn die jeweiligen Anspruchsvoraussetzungen nach dem am Tag vor dem Tag des Inkrafttreten des Gesetzes geltenden Recht nicht mehr vorliegen oder der Orts- und Familienzuschlag die betragsmäßige Summe der Familienzuschläge nach dem am Tag vor dem Tag des Inkrafttreten der neuen Regelung geltenden Recht übersteigt.

Siehe hierzu Nr. 2 der **Anlage „Fallbeispiele Besitzstand und Besitzstandszulage Versorgung“**.

Für den Besitzstand werden voraussichtlich neue Lohnarten benötigt:

* Lohnart für Besitzstand aus Ballungsraumzulage (Lohnart 9081)
* Lohnart für Besitzstand aus Familienzuschlag (Lohnart 9080)
* Lohnart für Besitzstand Gesamt (auf diese Lohnart kann ggf. verzichtet werden)

Eine Lohnart 9080 für den Besitzstand auf Beträge des bisherigen FZ (LoA-Bezeichnung „OFZ Besitzstand-FZ“) und eine LoA zur Abbildung des Besitzstandes soweit dieser auf Beträgen der bisherigen Ballungsraumzulage Lohnart 9081 (Besoldung / LoA-Bezeichnung „OFZ Besitzstand BRZ“) beruht.

Für den Versorgungsbereich wird eine neue Lohnart “OFZ Besitzstand (Vers)“ (Lohnart 7090) benötigt. Die Lohnart „OFZ Besitzstand (Vers) (Lohnart 7090)“ gilt als ruhegehaltfähiger Bezug.

Die Lohnart für Besitzstand aus Ballungsraumzulage ist im Bereich Versorgung nicht maßgebend, da diese gemäß Art. 114g Abs. 2 Nr. 3 BayBeamtVG außer Ansatz bleibt.

Auf einen am Stichtag ermittelten Besitzstand aus der FZ-Stufe 1 (ohne bestehender Konkurrenz) wird bei nach dem Stichtag eintretenden Änderungen keine nach der bisherigen Rechtslage vorhandene Konkurrenzregelung mehr angewendet.

Beispiele:

* Beamter verheiratet, Ehegatte zum Stichtag nicht im öffentlichen Dienst. Die Ehefrau tritt nach dem Stichtag als Beamtin in den öffentlichen Dienst ein. 🡪 Besitzstand weiterhin Stufe 1 (alt) ohne Konkurrenz.
* Beamter verheiratet, Ehegatte zum Stichtag als Beamtin im öffentlichen Dienst. Die Ehefrau läßt sich nach dem Stichtag aus dem Beamtenverhältnis entlassen. 🡪 Besitzstand neu Stufe 1 (alt) ohne Konkurrenz (statt bisher nur „zur Hälfte“ nunmehr „voll“).
* Beamter verheiratet, Ehegatte zum Stichtag als Beamtin im öffentlichen Dienst. Die Ehefrau ist jedoch zum Stichtag beurlaubt. Die Beurlaubung endet nach dem Stichtag. 🡪 Besitzstand ist unter Berücksichtigung der nunmehr zum Tragen kommenden Konkurrenz zu ermitteln [FZ-Stufe 1 (alt) nurmehr zu Hälfte].

Zu den ggf. erforderlichen Auswertungen wird auf Nr. 11.4 des Konzeptes verwiesen.

Bei Fällen mit einem Dienstherrenwechsel innerhalb des Geltungsbereichs des BayBesG (z.B. Wechsel von der Landeshauptstadt München zum Freistaat Bayern) ist zu unterscheiden, ob es sich um eine Versetzung und somit ein Fortbestehen des Beamtenverhältnisses handelt, oder ob dem Wechsel eine Entlassung und Neuerenennung zugrunde liegt. Im Falle einer Versetzung wird der beim bisherigen Dienstherrn festgestellte Besitzstand fortgeführt. Im Falle der Entlassung und Neuernennung wird der Besitzstand beim neuen Dienstherrn nicht fortgeführt. Für Fälle, bei denen eine Besitzstandszahlung vom bisherigen Dienstherrn fortzuführen ist, werden für den Bereich Besoldung zwei Lohnarten für eine manuelle Zahlung benötig [Besitzstand FZ manuelle (LoA 0086 „OFZ Besitzstand FZ man.“) und Besitzstand Ballungsraumzulage manuell (LoA 0087 „OFZ Besitzstand BRZ man.“)].

Diese Lohnarten sind dann auch für eine Übersteuerung der maschinellen Zahlung zu verwenden. Im Bereich Versorgung wird für eine Übersteuerung der maschinellen Besitzstandszahlung durch eine manuelle Besitzstandszahlung die Lohnart 7092 „Besitzstand FZ man. Vers“ zur Vorgabe benötigt.

Zur Ausgestaltung der Lohnarten wird auf das [Lohnartenmuster](file:///C:\Users\silke.fleischmann\AppData\Local\Microsoft\Windows\INetCache\Content.Outlook\K2YWUYZF\Fachkonzept%20Neuausrichtung%20OFZ_V03_neue%20Lohnarten%20OFZ.xlsx) verwiesen.

Bei einem Wechsel des Beschäftigungsverhältnisses von Arbeitnehmer nach Besoldungsrecht zum Beamten und umgekehrt besteht das bisherige Rechtsverhälntis nicht fort, es wird vielmehr ein neues Rechtsverhältnis begründet. Hier ist analog einer Entlassung und Neuernennung vorzugehen, mit der Konsequenz, dass ein Besitzstand/eine Besitzstandszulage entfällt. **Diese Rechtsauffasstung wurde durch das StMFH bestätigt.**

* + 1. Lohnart für Besitzstand aus Ballungsraumzulage

Berechtigten sowie Dienstanfängern und Dienstanfängerinnen mit dienstlichem Wohnsitz und Hauptwohnsitz (§ 21 Abs. 2 und § 22 des Bundesmeldegesetzes) im Verdichtungsraum München wird zum Ausgleich erhöhter Lebenshaltungskosten eine Ballungsraumzulage gewährt. Der Verdichtungsraum München ist das in Anhang 2 der Anlage zur Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) definierte Gebiet.

Diese bis zum Tag vor dem Tag des Inkrafttreten des Gesetzes geltende Regelung wird durch Art. 109 Abs. 3 BayBesG-E im Grunde durch die Gewährung einer Besitzstandszulage über den Stichtag hinaus fortgeführt. Dafür wird eine neue Lohnart benötigt, die den fortzuzahlenden Besitzstand aus der Ballungsraumzulage abbildet.

Änderungen in den Ansprüchen die sich nach dem Stichtag ergeben, wirken sich auf die Höhe der Besitzstandszulage aus. D.h. der Betrag der Besitzstandszulage kann sich vermindern (z.B. Wegfall Kind bzw. Kinderzuschlag) oder komplett entfallen (z.B. Wegzug aus dem LEP-Bereich).

Nachdem der LEP-Bereich nicht deckungsgleich mit dem Gebiet der Mietenstufe VII ist, kann es sein, dass zwar Anspruch auf Besitzstand aus einer Ballungsraumzulage, nicht gleichzeitig jedoch Anspruch auf OFZ aus der Ortsklasse VII besteht.

Bei untermonatigem Umzug in oder aus dem LEP-Bereich ist die Ballungsraumzulage und damit auch der auf sie entfallende Besitzstand teilmonatig zu berechnen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass für den **OFZ** der zum Ersten des Monats vorliegende Wohnsitz (IT0006) maßgeblich ist (Art. 36 Abs. 1 Satz 4 BayBesG-E).

Die Ballungsraumzulage setzt sich zusammen aus dem Grundbetrag (LoA 9203)/Anwärtergrundbetrag bzw. Dienstanfängergrundbetrag und ggf. einem Kinderzuschlag (LoA 9204).

Zu berücksichtigen ist:

Beträge der Ballungsraumzulage werden nur bis zu entsprechenden Grenzbeträgen gezahlt:

* Grenzbetrag bzw. Anwärtergrenzbetrag
* ggf. Kindergrenzbetrag

Auf den Kinderzuschlag findet Art. 6 BayBesG (Kürzung bei Teilzeitbeschäftigung) keine Anwendung.

Prüfung:

* Mitarbeiterkreis (IT 0001)
* Beschäftigungsdienststelle (IT 0001) PB/PTB
* Häkchen im Feld LEP II im IT 0006 (Haken muss vom Sachbearbeiter gesetzt werden)
* der Kinderzuschlag wird über den IT 0118 bzw. ab Abgabe des Zahlfalles an die Bundesagentur für Arbeit über den IT 9117 gesteuert
* IT 9014: dient der manuellen Übersteuerung des maschinellen Ergebnisses (Erzwingen/Verhindern)
* IT 0014: zu LoA 9207 (Ballungsraumzulage manuell),
* Prüfung auf den Grenzbetrag sowie auf Mindestbetrag im Abrechnungsschema

In Fällen, in denen Art. 94 Abs. 3 Satz 5 zum Tragen gekommen ist, ist bisher eine Ballungsraumzulage nicht zur Auszahlung gelangt (Bagatellgrenze). Bei derartigen Fallgestaltungen wird keine Besitzstandszulage auf die nicht ausgezahlte Ballungsraumzulage gebildet (diese Rechtsauffassung wurde durch das StMFH bestätigt).

* + 1. Lohnart für Besitzstand aus Familienzuschlag

Nachdem der auf den Familienzuschlag entfallende Anteil der Besitzstandszulage bei der Berechnung der Sonderzahlung bzw. der Ermittlung des Zuschlags zur begrenzten Dienstfähigkeit/des Altersteilzeitzuschlages zu berücksichtigen ist, bedarf es einer gesonderten Lohnart, die den auf den FZ entfallenden Anteil der Besitzstandszulage abbildet.

* + 1. Ausprägung der Besitzstandslohnarten

Zur Ausgestaltung der Lohnarten wird auf das [Lohnartenmuster](file:///C:\Users\silke.fleischmann\AppData\Local\Microsoft\Windows\INetCache\Content.Outlook\K2YWUYZF\Fachkonzept%20Neuausrichtung%20OFZ_V03_neue%20Lohnarten%20OFZ.xlsx) verwiesen.

* + - 1. aus Ballungsraumzulage Lohnart 9081

Als Kopierlohnart kann die Lohnart 9203 herangezogen werden.

Es handelt sich um steuerpflichtigen laufenden Arbeitslohn.

Dieser unterliegt der Pfändung nach § 850 Abs. 2 ZPO.

Der Betrag unterliegt der Teilmonatskürzung (z.B. bei untermonatigem Ausscheiden aus dem Dienst).

Die Lohnart ist nicht bei der Berechnung des Alterszeitzeitzuschlages bzw. des Zuschlages zur begrenzten Dienstfähgikgeit einzubeziehen.

* + - 1. aus Familienzuschlag Lohnart 9080 bzw. 7090 (Versorgung)

Als Kopierlohnart kann die Lohnart 0050 herangezogen werden.

Als Kopierlohnart für die Versorgung kann die Lohnart 7051 herangezogen werden. Diese Besitzstandslohnart ist weiterhin Bestandteil der ruhegehaltfähigen Bezüge, soweit es der alten FZ-Stufe 1 entspricht.

Es handelt sich um steuerpflichtigen laufenden Arbeitslohn.

Dieser unterliegt der Pfändung nach § 850 Abs. 2 ZPO.

Der Betrag unterliegt der Teilmonatskürzung (z.B. bei untermonatigem Ausscheiden aus dem Dienst).

Die Lohnart ist bei der Berechnung des Alterszeitzeitzuschlages bzw. des Zuschlages zur begrenzten Dienstfähgikgeit einzubeziehen.

Berücksichtung des Besitzstandes bei der Sonderzahlung:

In der Begründung zu Nr. 10 zu Art. 109 Abs. 3 BayBesG-E (Regelung zur Besitzstandswahrung) wird folgendes ausgeführt: *„Der zusätzlich zu gewährende Betrag nach Art. 3 umfasst dabei auch den nach der vor Inkrafttreten des Gesetzes geltenden Rechtslage zu gewährenden Sonderzahlung zum Familienzuschlag.“*

Dies bedeutet, dass der Anteil der Besitzstandszulage, der auf

* die Ballungsraumzulage entfällt, nicht für die Berechnung der Sonderzahlung herangezogen wird
* den Familienzuschlag enfällt, bei der Berechnung der Sonderzahlung zu berücksichtigen ist.

Diese Rechtsauffassung wurde vom Fachreferat des StMFH (Mail vom 13.10.2022) bestätigt.

Berücksichtigung des Besitzstandes bei den Zuschlägen zur begrenzten Dienstfähigkeit bzw. Alterszeitzeit:

Der Familienzuschlag ist grundsätzlich Bestandteil der Besoldung nach Art. 2 Abs. 2 Nr. 4 BayBesG, die Ballungsraumzulage gehört jedoch zu den sonstigen Leistungen und stellt keinen Besoldungsbestandteil dar. Für die Ermittlung des Zuschlages zur Altersteilzeit wird in Art. 58 Abs. 2 BayBesG auf bestimmte Besoldungsbestandteile des Art. 2 BayBesG verwiesen, auch für die Zuschlagsberechnung nach Art. 59 BayBesG bei begrenzter Dienstfähigkeit wird auf die Besoldung abgestellt.   
Es wird daher davon ausgegangen, dass der Anteil der Besitzstandszulage, der auf

* die Ballungsraumzulage entfällt, nicht für die Ermittlung des Zuschlags nach Art. 58 bzw. 59 BayBesG herangezogen wird
* den Familienzuschlag entfällt, für die Ermittlung des Zuschlags nach Art. 58 bzw. 59 BayBesG herangezogen wird.

Diese Rechstauffassung wurde vom Fachreferat des StFHM (Mail vom 13.10.2022) bestätigt.

Im übrigen gilt für den Besitzstand nach Nr. 4.4.1 und 4.4.2:

* Zahlungen aufgrund der Regelung zum Besitzstand nehmen nicht an künftigen Anpassungen der Besoldung oder Versorgung teil.
* Ab der Stufe 1 kommt es im Regelfall zu keiner Zahlung einer Besitzstandszulage, da die ab Inkrafttreten des Gesetzes in der niedrigsten Ortsklasse festgelegten Beträge denen des alten Rechts entsprechen. Etwas anderes gilt in Fällen, in denen eine Besitzstandszulage wegen Wegfall einer Ballungsraumzulage gewährt wird.
* Ein Wechsel in den Ortsklassen I bis VII wirkt sich auch auf den OFZ und damit auf die Besitzstandszulage aus. Es muss eine Anpassung erfolgen. Ein Wegzug aus dem LEP-Bereich führt hingegen zu einer Änderung des Besitzstandes und damit ebenfalls zu einer Neuberechnung der Besitzstandszulage.

Die foglenden Fallbeispiele dienen der Erläuterung der Rechenregeln für die Besitzstandszulage:

**Fall 1**

Beamter 3. QE BesGr. A11, verheiratet, Ehegatte keine Konkurrenz, Wohnort Ortsklasse II

altes Recht bis zum Inkrafttreten des Gesetzes = FZ Stufe 1 in Höhe von 149,64 €

neues Recht ab Inkrafttreten des Gesetzes = FZ-Stufe 1 in Höhe von 77,00 €

= **Besitzstand** in Höhe von 72,64 €

**Fall 2**

Beamter A 3. QE BesGr. A11, Beamtin B 3. QE BesGr. A11, verheiratet, zusammen 100% beschäftigt, beide mit 50% teilzeitbeschäftigt), Wohnort Ortsklasse II

altes Recht bis zum Inkrafttreten des Gesetzes

= FZ Beamter A und Beamtin B Stufe 1 (149,64 €) je zur Hälfte in Höhe von 74,82 € (1/2 v. 149,64 €)

neues Recht ab Inkrafttreten des Gesetzes

= FZ Stufe V in Höhe von 38,50 € (77,00 € x 50 % jeweils für A und B)

= **Besitzstand** in Höhe von 36,32 € (jeweils bei A und B)

**Fall 3**

Beamter 3. QE BesGr. A10 Stufe 3, verheiratet, Ehegatte keine Konkurrenz, Wohnort Ortsklasse VI, bisher LEP-Bereich

Altes Recht bis Inkrafttreten des Gesetzes 149,64 € [FZ]

./. Neues Recht ab Inkrafttreten des Gesetzes 121,00 €

Ergibt FZ-Besitzstand 28,64 €

+ Besitzstand-BRZ) 136,21

**Gesamtbetrag Besitzstandszulagen** 164,82 €

Fortführung des Beispiels:

Besoldungserhöhung ab 01.01.2024 um 2 % 123,42 €

**Besitzstandszulage** 162,42 €

**Fall 4**

Beamter 4. QE BesGr. A13 Stufe 5, verheiratet, Ehegatte keine Konkurrenz, Wohnort Ortsklasse VII, bisher nicht LEP-Bereich

Altes Recht bis Inkrafttreten des Gesetzes 149,64 €

Neues Recht ab Inkrafttreten des Gesetzes 149,83 €

**FZ-Besitzstandszulage** 0,00 €

Beispiele ohne Aufteilung Besitzstand FZ und Ballungsraumzulage:

Beamter X (BesGr. A10), verheiratet (Ehefrau nicht im öffentlichen Dienst), zwei berücksichtigungsfähige Zählkinder und ein Zahlkind, wobei das Zahlkind in der Rangfolge das jüngste Kind ist , Ortsklasse VI, bisher im LEP-Bereich

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
|  | **Betrag in Euro am**  **Stichtag** | **Betrag in Euro nach dem Stichtag** |
| FZ (OFZ)  Stufe 1 | 149,64 | 490,91 (Stufe 3) |
| FZ für das dritte Kind | 396,51 |
| FZ Erhöhungsbeträge |  | 15,88 |
| Ballungsraumzulage | 172,54 | -- |
| Gesamt | 718,69 | 506,79 |
| Besitzstandszulage |  | 211,90 |
| **Gesamt** | **718,69** | **718,69** |

Fortführung des Beispiels:

Wegfall des ersten Zählkindes ab 01.06.2023 wegen Beendigung der Berufsausbildung

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
|  | **Betrag in Euro am**  **Stichtag** | **Betrag in Euro nach dem Stichtag** | **Betrag in Euro am 1. Juni 2023** |
| FZ (OFZ)  Stufe 1 | 149,64 | 490,91 (Stufe 3) | 241,84 (Stufe 2 ./. Stufe 1) |
| FZ für ein Kind | 127,94 |
| FZ Erhöhungsbeträge |  | 15,88 | 15,88 |
| Ballungsraumzulage | 172,54 | -- | -- |
| Gesamt | 450,12 | 506,79 | 257,72 |
| Besitzstandszulage |  | 211,90 | 192,40 |
| **Gesamt** | **450,12** | **718,69** | **450,12** |

Fortführung des Beispiels:

Geburt eines weiteren Zahlkindes am 29.08.2023

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
|  | **Betrag in  Euro am**  **Stichtag** | **Betrag in Euro nach dem Stichtag** | **Betrag in Euro am  1. Juni 2023** | **Betrag in Euro am  1. August 2023** |
| FZ (OFZ)  Stufe 1 | 149,64 | 490,91 (Stufe 3) | 241,84  (Stufe 2 ./. Stufe 1) | **732,75**  **(Stufe 2 ./. Stufe 1 + Betrag Stufe 3))** |
| FZ für ein Kind | 127,94 |
| FZ Erhöhungsbeträge |  | **15,88** | **15,88** | **31,76** |
| Ballungsraumzulage | 172,54 | -- | -- | -- |
| Gesamt | 450,12 | 506,79 | 257,72 | 764,51 |
| Besitzstandszulage |  | 211,90 | 192,40 |  |
| **Gesamt** | **450,12** | **718,69** | **450,12** | **764,51** |

Wegfall des Besitzstandes ab 01.08.2023.

* + 1. Abschmelzung bzw. Wegfall der Besitzstandszulage

Bei einem weiterhin zustehenden OFZ verringert sich durch die prozentuale Erhöhung des OFZ mit jeder linearen Bezügeanpassung in gleichem Maße die Differenz zwischen der dynamischen Höhe des OFZ und dem Betrag der Besitzstandszulage, so dass sich der Betrag der Besitzstandzulage aufzehrt bis der OFZ den Betrag der Besitzstandszulage erreicht hat bzw. übersteigt und sich eine Zahlung einer Besitzstandszulage erledigt.

Steht nach dem neuen Recht kein OFZ mehr zu, bleibt der Betrag der Besitzstandszulage solange unverändert, bis ggf. ein Anspruch auf einen OFZ entsteht.

Beispie 1 (Abschmelzung):

Beamter verwitwet, Ortsklasse II

FZ Stufe 1 alt : 149,64 EUR

OFZ neu: kein Anspruch mehr!

Besitzstand: Zulage in Höhe von 149,64EUR

Beamter heiratet 🡪 OFZ-Stufe V: 77,00EUR

Besitzstandszulage vermindert sich auf 72,64 EUR. Diese wird bei linearen Bezügeanpassungen abgeschmolzen.

Beispiel 2 (Wegfall):

Beamter verwitwet, Ortsklasse II

FZ Stufe 1 alt : 149,64 EUR

OFZ neu: kein Anspruch mehr!

Besitzstand: Zulage in Höhe von 149,64 EUR

Beamter heiratet. Ehefrau nicht im öD bringt ein Kind mit in die Ehe. Das Kind lebt im gemeinsamen Haushalt und es gibt keine andere Person, die einen Anspruch auf OFZ Stufe 1 hat.

🡪 Anspruch auf OFZ-Stufe 1: 305,34 EUR

Besitzstandszulage fällt weg.

* 1. Nachzahlung für den Zeitraum vom 01.01.2020 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes

Aufgrund der mit Art. 109 BayBesG geschaffenen Übergangsbestimmungen zu den orts- und familienbezogenen Besoldungsbestandteilen und dem Art. 114g BayBeamtVG zu den Übergangsbestimmungen zu den orts- und familienbezogenen Versorgungsbestandteilen ist im Zeitraum 01.01.2020 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes ein Abgleich zwischen der alten Regelung (Familienzuschlag und Ballungsraumzulage) und der neuen Regelung (OFZ) erforderlich. Die Ballungsraumzulage im Sinne des Art. 109 Abs. 1 Satz 4 BayBesG ist für Versorgung nicht relevant (vgl. Art. 114g Abs. 3 BayBeamtVG). Grundlage für den Vergleich sind die Beträge aus der Anlage 11 bzw. für Zeitraume ab 01.01.2023 der Anlage 5, die genaue Festlegungen zur Berechnungsweise siehe unter Punkt 5.2.

Im Falle eines Dienstherrenwechsels bestehen die Ansprüche gegen den jeweiligen Dienstherren für die Zeiten, in denen dort ein entsprechendes Dienstverhältnis begründet war, wenn die jeweiligen Voraussetzungen vorliegen (Art. 109 Abs. 2 Satz 2 BayBesG-E).

Beim Vergleich des nach neuem Recht zu zahlenden OFZ mit dem zuvor gezahlten Familienzuschlag nach altem Recht ist der Anrechnungsbetrag nach Art. 35 Abs. 2 BayBesG(alt) (Anrechnungsbetrag bei Kasernierung Lohnart 1223) zu berücksichtigen.

Beispiel:

Beamter A5, Ortsklasse I, ledig, zwei Kinder (KiG-Anspruch; die Kinder wohnen im Haushalt des Beamten);

FZ 2020:

FZ Stufe 3 (alt) incl. Erhöhungsbeträge 405,95 €

abzüglich Art. 35 Abs. 2 S. 1 BayBesG(alt) 127,00 €

FZ lt. Art. 35 i. V. m. Art. 36 BayBesG(alt) 287,95 €

abzüglich

OFZ lt. Anlage 11:

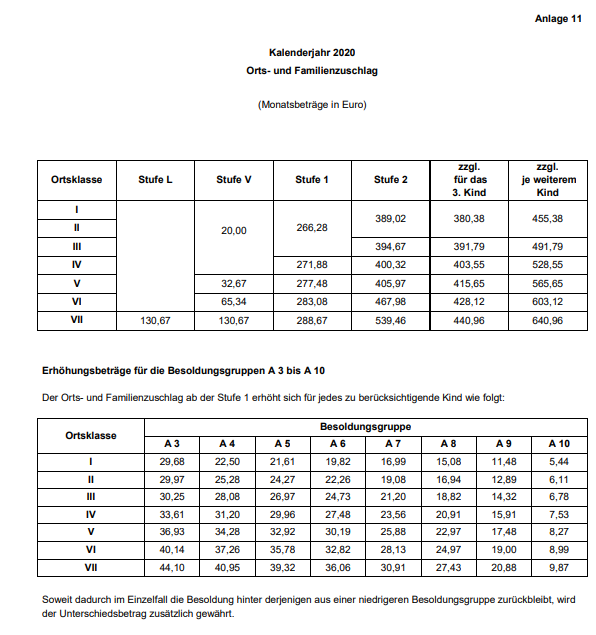
OFZ Stufe 2 incl. Erhöhungsbeträge 437,56 €

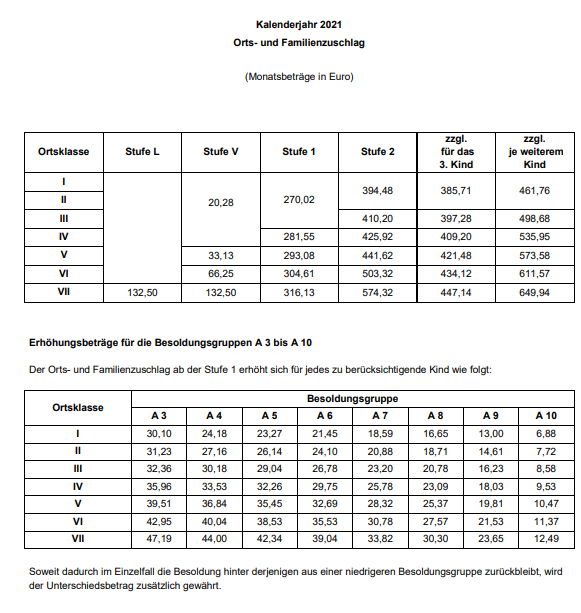
**mtl. Nachzahlungsbetrag für 2020** **149,61 €** (437,56 € – 287,95 €)

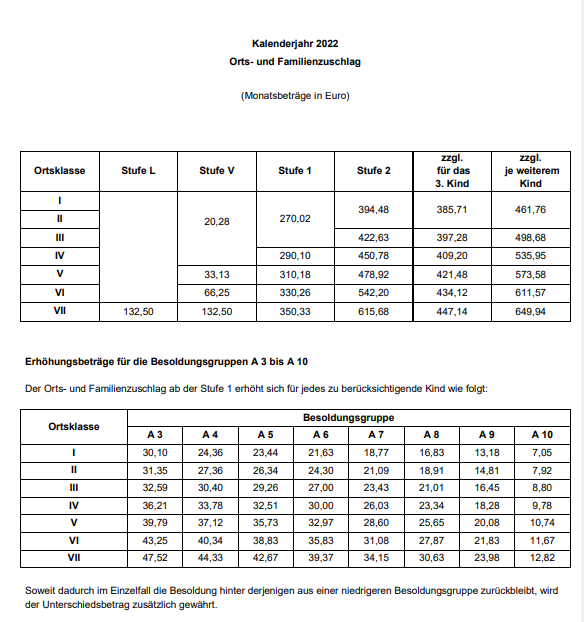
* + 1. Verwendung der Datenlage zur Ermittlung des Nachzahlungsbetrages

Die aufgrund der bisherigen Datenlage in den IT 0002, IT 0021, IT 0595, IT 0006 bzw. IT 0001 sowie IT 9014 gespeicherten Daten zum Familienstand, Bezugspersonen, Hauptwohnsitz und ggf. dienstlicher Wohnsitz sind als Grundlage für die Ermittlung des Nachzahlungsbetrages für den Zeitraum vom 01.01.2020 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes heranzuziehen.

Für die Jahre 2020 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes ist bei der Berechnung des Orts- und Familienzuschlag nach den Art. 35 bis 37 BayBesG-E auf die Tabellen der Anlage 11 bzw. für Zeitraume ab 01.01.2023 auf die Anlage 5 abzustellen.







* + 1. Ermittlung der Nachzahlung für den Zeitraum vom 01.01.2020 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes

Art. 109 Abs. 1 BayBesG-E regelt die Nachzahlung orts- und familienbezogener Besoldungsbestandteile für die Haushaltsjahre zwischen Verkündung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 05. Mai 2020 (2 BvL 4/18 und 2 BvL 6/17 u. a.) und dem In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Neuausrichtung orts- und familienbezogener Besoldungsbestandteile vom XX.XX.XXXX (also Zeitraum vom 01.01.2020 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes).

Die Ermittlung hat im Wege eines **monatlichen Vergleichs** (Gegenüberstellung) zwischen den in Zeitraum vom 01.01.2020 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes jeweils tatsächlich gewährten Familienzuschlägen zzgl. der in diesem Zeitraum jeweils tatsächlich gewährten Ballungsraumzulage mit einem für diesen Zeitraum fiktiv nach neuem Recht für den jeweiligen Monat zu gewährenden orts- und familienbezogenen Besoldungsbestandteil zu erfolgen. Ergibt sich aus diesem Vergleich, dass der fiktiv nach neuem Recht zu gewährende Betrag höher ist, so sind diese Beträge für den insgesamt zu bildenden Nachzahlungsbetrag zu berücksichtigen. Die Summe der festgestellten monatlichen **Nachzahlungsbeträge** ergibt den für den vom 01.01.2020 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes nachzuzahlenden **Gesamtbetrag**.

Unter dem Begriff der Ballungsraumzulage nach der bisherigen Rechtslage ist dabei der Grundbetrag, der Kinderzuschlag, der Anwärtergrundbetrag und der Dienstanfängergrundbetrag zu verstehen.

Ein Abzug von negativen Differenzbeträgen für Monate, in denen das alte Recht besser wäre, hat nicht zu erfolgen.

**Die Neuregelung hinsichtlich der Aufnahme von pflegebedürftigen Angehörigen in Art. 36 Abs. 6 BayBesG-E bleibt bei der Vergleichsrechnung außer Betracht (Art. 109 Abs. 1 Satz 3 BayBesG-E).**

Nach Mitteilung des StMFH (Mail vom 09.11.2022) sind von der Übergangsregelungen in Art. 109 BayBesG-E u.a. auch die Zuschläge für Altersteilzeit u. begrenzte Dienstfähigkeit umfasst. Zum einen sind diese in der Formulierung der Vorschrift (anders als bspw. für Nachzahlungen für Zeiträume bis 2019 in Abs. 4 Satz 5 die Vorschriften über die Sonderzahlung explizit für nicht anwendbar erklärt sind, da diese aus Vereinfachungsgründen bei der Bestimmung der festen Beträge für die Widerspruchsfälle bis 2019 bereits eingerechnet ist) nicht vom Anwendungsbereich ausgenommen, zum anderen ist auch kein rechtlicher Grund erkennbar, weshalb die Zuschläge bei den Nachzahlungen nicht gewährt werden könnten.

Auch der auf die jeweiligen Besoldungsbestandteile entfallende Sonderzahlungsanteil ist bei der anzustellenden Vergleichsrechnung zu berücksichtigen. Dies gilt auch für den Bereich Versorgung.

Der monatliche Nachzahlungsbetrag ermittelt sich wie folgt:

OFZ lt. Anlage 11

./. FZ alt

weiter nur falls "Betrag > 0,00"

+ SZ-Anteil ("Betrag > 0,00" x 84,29 % : 12)

Summe OFZ Nachzahlung

./. Ballungsraumzulage (falls gezahlt)

= mtl. Nachzahlungsbetrag

Zur steuerlichen Behandlung und Auszahlung des insgesamt nachzuzahlenden Betrages werden die monatlichen Beträge entsprechend kumuliert und in der Periode des Inkrafttretens des Gesetzes ausgezahlt.

Insgesamt wird auf die Ausführungen in der Anlage „Berechnungsweg OFZ-Nachzahlung“ verwiesen.

Für die Vergleichsermittlung sind für die Werte nach neuem Recht die Tabellen der Anlage 11 der jeweiligen Jahre bzw. für Zeitraume ab 01.01.2023 die Tabelle der Anlage 5 heranzuziehen.

Siehe hierzu die Tabellen unter Nr. 5.1.

Art. 114g Abs. 3 BayBeamtVG regelt die Nachzahlung für Beamte, die nach dem 1. Januar 2020 in den Ruhestand traten oder versetzt wurden. Es gelten Art. 109 Abs. 1 Satz 1 bis 3 sowie Abs. 2 Satz 1 BayBesG entsprechend mit der Maßgabe, dass für die Ermittlung des Differenzbetrages der Orts- und Familienzuschlag erst ab der Stufe 1 anzusetzen ist.

* + - 1. Für den Vergleich zu berücksichtigende Komponenten alt

Für den Familienzuschlag (alt) maßgeblich sind die Daten aus dem IT 0595 [Subtyp 1 Ehegattenbestandteil, 15 Ehegattenbestandteil (Partner), 2 Kinderbestandteil und zuschläge sowie 3 Ehegattenbestandteil (nicht verheiratet)].

Auf die Datei „Darstellung IT 0595 für Nachzahlung“ wird verwiesen.

Für die Ballungsraumzulage (alt) (maßgeblich) sind

* der Hauptwohnsitz aus dem IT 0006
* der dienstliche Wohnsitz aus dem IT 0001
* Kinder, für die tatsächlich Kindergeld an den Berechtigten gezahlt wird (IT 0118 bzw. ab Aufgengenübergang an Bundesagentur für Arbeit IT 9117)
* Grenzbetrag nicht überschritten (IT 0008)
* ggf. manuell gezahlte Ballungsraumzulage (Lohnarten 9207) bzw. über IT 9014 mit „erzwingen/verhindern“ gesteuerte Zahlung
  + - 1. Für den Vergleich zu berücksichtigende Komponenten OFZ-neu

Für den orts- und Familienzuschlag (neu) maßgeblich

* der Hauptwohsitz des Berechtigten IT 0006
* die „Mietenstufe“ aus dem IT 0008
* der Familienstand aus IT 0002
* die für die OFZ-Zahlung relevanten Daten aus dem IT 0595 Subtype 1, 15, 2 und 3.
  + - 1. Besonderheit Versorgung bei dem Vergleich der zu berücksichtigenden Komponenten zwischen Familienzuschlag alt und OFZ neu:

Beamte (aktiv), die nach dem 1. Januar 2020 in den Ruhestand traten oder versetzt wurden, mit der Maßgabe, dass für die Ermittlung des Differenzbetrages der OFZ erst ab der Stufe 1 anzusetzen ist.

Für den Familienzuschlag (alt) maßgeblich sind die Daten

* aus dem IT 0595 Subtyp 2 Kinderbestandteil und -zuschläge

Für den Orts- und Familienzuschlag (neu) maßgeblich

* die für die OFZ-Zahlung relevanten Daten aus dem IT 0595 Subtyp 2
* der Hauptwohnsitz des Berechtigten IT 0006
* die „Mietenstufe“ aus dem IT 0008
  + 1. Ausprägung des OFZ-Nachzahlungsbetrages:

Bei dem Nachzahlungsbetrag nach Art. 109 Abs. 1 BayBesG-E und Art. 114g Abs. 3 BayBeamtVG-E handelt es sich um einen Einmalbetrag der im Monat des Zuflusses als sonstiger Bezug (§ 39b Abs. 3 Sätze 1 – 8 EStG) bzw. als mehrjähriger sonstiger Bezug (§ 39b Abs. 3 Satz 9 EStG) der Lohnsteuerberechnung zu unterwerfen ist. Voraussetzung für die Versteuerung als mehrjähriger sonstiger Bezug (§ 34 Abs. 2 Nr. 4 EStG) ist, dass die Nachzahlung sich über zwei Veranlagungszeiträume erstreckt und mehr als zwölf Kalendermonate (Anzahl der tatsächlichen Nachzahlungsmonate) umfasst. Bei einem Wechsel von Besoldung nach Versorgung sind die jeweiligen Zeitraume getrennt zu betrachten.

Bei dem Nachzahlungsbetrag handelt es sich um ein einmalig gezahltes Entgelt das als solches für die SV und ZV zu berücksichtigen ist.

Für den Nachzahlungsbetrag richtet sich die Pfändung nach § 850i ZPO. Im Rahmen der Pfändungsschutzvorschriften der ZPO (§§ 850 ff ZPO) wird der Begriff des Arbeitseinkommens weit verstanden. Daher handelt es sich auch bei dem Nachzahlungsbetrag um Arbeitseinkommen. Es handelt sich aber um eine einmalige, sich nicht wiederholende und in die Zukunft gerichtete Zahlung und nicht um laufendes Entgeld, das für einen bestimmten Zeitraum im Sinn des § 850c ZPO gezahlt wird. Daher ist die Zahlung im Zeitpunkt des Zuflusses zu berücksichtigen und für den Pfändungsschutz auf § 850i ZPO abzustellen. Siehe hierzu die Mail des StMFH vom 25.11.2022.

Der Nachzahlungsbetrag darf nicht zusätzlich in die Sonderzahlungsberechnung einfließen, weil der Sonderzahlungsanteil bereits im Nachzahlungsbetrag enthalten ist.

* + 1. Anstoß der Rückrechnung zum 01.01.2020

Für die Ermittlung des Nachzahlungsbetrages ist bei den betroffenen Personenkreise ein Rückrechnungsanstoß zum 01.01.2020 erforderlich.

In die Rückrechnung sind einzubeziehen:

* laufende Zahlfälle (Status 3) (Besoldungszahlfälle, Arbeitnehmer nach Besoldungsrecht Zahlfälle, die unter den SiGjurVD fallen) bzw. Versorgungsempfänger (Status 2). Bei Versorgungsempfängern (Status 2) werden nur Beamte berücksichtigt, die nach dem 1. Januar 2020 in den Ruhestand traten oder versetzt wurden, mit der Maßgabe, dass für die Ermittlung des Differenzbetrages der Orts- und Familienzuschlag erst ab der Stufe 1 anzusetzen ist.
* ausgeschiedene Zahlfälle (Status 0) mit einem Austritt > 01.01.2020 [beinhaltet auch Zahlfälle mit einem Wechsel zu einem anderen Dienstherrn (Versetzungfälle)]
* Zahlfälle mit einem Wechsel von einem berechtigten Personenkreis zu einem nicht berechtigten Personenkreis und umgekehrt (AN – BES, BES – AN) mit einer Wertstellung > 01.01.2020
  + 1. Behandlung von Fällen mit diskriminierungsfreier Mehrarbeit im Rahmen der Nachzahlungsermittlung des Art. 109 Abs. 1 BayBesG-E

Bei Teilzeitbeschäftigten erfolgt die Vergütung der Mehrarbeit bis zum Erreichen des Regelstundenmaßes in der Form, dass als Mehrarbeitsvergütung mindestens die zeitanteilige Besoldung zu bezahlen ist („diskriminierungsfreie Mehrarbeit“; [PDFFMS vom 28.07.2008](http://help.lff.bybn.de/VIVA/sonstiges/FMS%20vom%2028.07.2008.pdf) ). Dies hat die Frage aufgeworfen, ob im Falle der Nachzahlung von Orts- und Familienzuschlag gem. Art. 109 Abs. 1 BayBesG-E auch eine für den Nachzahlungsmonat bereits gezahlte Mehrarbeitsvergütung unter Berücksichtigung des auf den jeweiligen Monat entfallenden OFZ-Nachzahlungsbetrags neu zu berechnen und im Rahmen von Art. 109 Abs. 1 BayBesG-E nachzuzahlen ist.   
Bei der diskriminierungsfreien Mehrarbeitsvergütung handet es sich – anders als beim Zuschlag zur Altersteilzeit bzw. bei begrenzter Dienstfähigkeit – nicht um eine laufende Zahlung, so dass eine Überrechung für diesen Sachverhalt nicht zu erfolgen hat. Diese Rechtsauffassung wurde durch das StMFH bestätigt.

* + 1. Behandlung der Fälle mit einer Gehaltskürzung nach Art. 9 BayDG im Rahmen der Nachzahlungsermittlung des Art. 109 Abs. 1 BayBesG-E

Die Ermittlung des Nachzahlungsbetrages erfolgt im Wege eines monatlichen Vergleichs (Gegenüberstellung) zwischen den in Zeitraum vom 01.01.2020 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes jeweils tatsächlich gewährten Familienzuschlägen zzgl. der in diesem Zeitraum jeweils tatsächlich gewährten Ballungsraumzulage mit einem für diesen Zeitraum fiktiv nach neuem Recht für den jeweiligen Monat zu gewährenden orts- und familienbezogenen Besoldungsbestandteil. Ergibt sich aus diesem Vergleich, dass der fiktiv nach neuem Recht zu gewährende Betrag höher ist, so sind diese Beträge für den insgesamt zu bildenden Nachzahlungsbetrag zu berücksichtigen. Die Summe der festgestellten monatlichen Nachzahlungsbeträge ergibt den für den vom 01.01.2020 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes nachzuzahlenden Gesamtbetrag, der als Einmalbetrag auszuzahlen ist.   
Art. 9 Abs. 1 BayDG stellt auf die bruchteilmäßige Verminderung der monatlichen Dienstbezüge ab. So dass davon ausgegangen wird, dass eine Kürzung nach Art. 9 BayDG für den Nachzahlungsbetrag nach Art. 109 Abs. 1 BayBesG-E nicht zur Anwendung kommt. Insofern wird auch die Auffassung vertreten, dass ein „Aufrollen“ der Disziplinarkürzungsbeträge für Monate einer OFZ-Nachzahlung nicht zu erfolgen hat.   
**Diese Rechtsauffassung wurde durch das StMH bestätigt.**

* 1. Nachzahlung für Zeiträume vor dem 01.01.2020 bei zeitnaher Geltendmachung

Mit Art. 109 Abs. 4 BayBesG-E wurde eine Rechtsgrundlage geschaffen, um Berechtigten, die, ohne dass über den Anspruch bereits abschließend entschieden worden ist, ein Fehlen der Amtsangemessenheit der Alimentation für ein drittes oder weiteres Kind durch Widerspruch oder Klage geltend gemacht haben, für die Jahre **vor** 2020 Ansprüche auf eine amtsangemessene Alimentation für dritte und weitere Kinder nachträglich gewähren zu können.

Für Versorgungsempfänger gilt Art. 109 Abs. 4 BayBesG-E entsprechend (Art. 114g Abs. 4 BayBeamtVG-E).

Ein Anspruch besteht nur, soweit im entsprechenden Zeitraum für das jeweilige Kind ein Anspruch auf Familienzuschlag der Stufe 4 oder höher in der jeweils geltenden Fassung des Gesetzes bestand. Die zu gewährenden Erhöhungsbeträge betragen monatlich 313,97 € je drittem oder weiterem Kind.

Teil 3 Abschnitt 6 BayBesG findet auf diesen Betrag keine Anwendung. Aus Vereinfachungsgründen und um die Fehleranfälligkeit im Vollzug zu minimieren, wurde bei der Berechnung der nachträglich zu gewährenden Beträge die auf den Familienzuschlag entfallende Sonderzahlung bereits berücksichtigt.

Im Übrigen sind die Vorschriften zum Familienzuschlag sowie die allgemeinen Vorschriften, insbesondere die Art. 4 Abs. 2 BayBesG (Teilmonatsberechnung) und Art. 6 BayBesG (Teilzeitberechnung), anzuwenden.

Es werden zwei neue Lohnarten für Besoldung benötigt. Es werden auch zwei neue Lohnarten für Versorgung benötigt.

Merkmale der Lohnarten:

Steuerpflichtig (sonstiger Bezug / sonstiger Bezug für mehrere Kalenderjahre)

Für den Nachzahlungsbetrag richtet sich die Pfändung nach § 850i ZPO. Im Rahmen der Pfändungsschutzvorschriften der ZPO (§§ 850 ff ZPO) wird der Begriff des Arbeitseinkommens weit verstanden. Daher handelt es sich auch bei dem Nachzahlungsbetrag um Arbeitseinkommen. Es handelt sich aber um eine einmalige, sich nicht wiederholende und in die Zukunft gerichtete Zahlung und nicht um laufendes Entgeld, das für einen bestimmten Zeitraum im Sinn des § 850c ZPO gezahlt wird. Daher ist die Zahlung im Zeitpunkt des Zuflusses zu berücksichtigen und für den Pfändungsschutz auf § 850i ZPO abzustellen. Siehe hierzu die Mail des StMFH vom 25.11.2022.

Lohnart fließt **nicht** in Sonderzahlung ein.

Konkurrenz-/Teilzeitvorschriften, Teilmonatsberechnung sind vom Sachbearbeiter im Rahmen der Berechnung zu berücksichtigen.

Die betroffenen Fälle sind den Bezügestellen bekannt und müssen von dort manuell bearbeitet und die Nachzahlung veranlasst werden.

Den betroffenen Zahlungsempfängern ist ein aussagekräftiger Mitteilungstext auf der Bezügemitteilung, mit der die Nachzahlung erfolgt, auszugeben. Ein Mitteilungstext wird zur Verfügung gestellt.

Ggf. ist den Bezügesachbearbeiter eine Excel-Vorlage für Berechnung zu Verfügung stellen.

* 1. Auswirkungen auf die Nachversicherung

Aktuell gelangen Fälle, deren Nachversicherung bereits abgeschlossen wurde und bei denen sich eine Nachzahlung für den Nachversicherungszeitraum (§ 8 Abs. 2 Satz 2 SGB VI) ergibt, durch die Vorgaben der Sachbearbeiter PSV bzw. BEZ in den Arbeitsvorrat der Sachbearbeiter der Nachversicherung. Diese führen dann eine Nachberechnung der NV durch und es wird ggf. nachgezahlt (via NVADM – Nachversicherungsadministration). Der Nachversicherungsbetrag wird dadurch errechnet, dass sämtliche steuerpflichtigen Bruttobezüge des nachzuversichernden Beschäftigten über die Beschäftigungszeit aufaddiert werden (§ 181 Abs. 2 Satz 1 SGB VI), Beträge für abgelaufene Kalenderjahre mit einem Faktor dynamisiert werden und anschließend diese Gesamtsumme mit dem aktuellen Beitragssatz für die gesetzliche Rentenversicherung multipliziert wird. Arbeitsentgelt sind nach § 14 SGB IV alle laufenden oder einmaligen Einnahmen aus einer Beschäftigung.

Die durch die Gesetzesänderung bewirkten Nachzahlungen würden sich nur auf solches Arbeitsentgelt nach § 14 SGB IV beziehen [z.B. Familienzuschlag (Art. 2 Abs. 2 Nr. 4, Art. 35 bis 37 BayBesG), Auslandsbesoldung (Art. 2 Abs. 2 Nr. 5, Art. 38 BayBesG), Ballungsraumzulage (Art. 94 BayBesG)].

Rechtlich sollte daher eine Nachzahlung für bereits nachversicherte Fälle, welche sich aus der Gesetzesänderung ergibt wie bisher auch behandelt werden können.

Fällt eine Nachzahlung eines nachversicherten Falles auf ein späteres Jahr als die durchgeführte Nachversicherung, so müssen die Sachbearbeiter die Nachberechnung manuell durchführen und dann den entsprechenden Betrag via IHV auszahlen.

Problematisch könnte aber die Arbeitsbelastung der Sachbearbeiter der Nachversicherung werden.

Gewöhnlich wird die Nachberechnung zwar mit Hilfe des Programms NVADM durchgeführt und ausgezahlt. Dies funktioniert jedoch nur, wenn die durchgeführte Nachversicherung und die Nachzahlung im selben Jahr liegen.

Dies begründet sich darin, dass die Faktoren zur Zahlung der Nachversicherung immer im Zahlungsjahr maßgeblich sind.

Diese Verfahrensweise wurde dem zuständigen Fachreferat im StMFH zur Einschätzung vorgelegt und es bestehen keine Bedenken zum geschilderten Vorgehensweise (Mail Ref. 25 vom 17.10.2022).

* 1. Besonderheiten für den Bereich Versorgung
     1. Mindestversorgung

Es werden neue Mindestversorgungstabellen zum Inkrafttreten des Gesetzes benötigt. Das Fachreferat im StMFH wird diese zur Verfügung stellen.

* + 1. Sonderzahlung

Die anzusetzenden Beträge ergeben sich aus Art. 76 (Grundbetrag) und 77 (Sonderbetrag für Kinder) BayBeamtVG wie bisher, nur anstatt Familienzuschlag ist der Orts- und Familienzuschlag zu berücksichtigen.

* + 1. Ruhensregelungen

Bei den Ruhensregelungen nach Art. 83 bis Art. 85 BayBeamtVG werden die Wörter „Unterschiedsbetrag(s)“ künftig durch die Formulierung „Orts- und Familienzuschlag(s)“ ersetzt. Es steht künftig „Orts- und Familienzuschlag bzw. des Orts- und Familienzuschlags nach Art. 69 Abs. 2“ im BayBeamtVG. Konkret heißt das, dass künftig nicht nur der „Unterschiedsbetrag nach Art. 69 Abs. 2“, sondern der „Orts- und Familienzuschlag nach Art. 69 Abs. 2“ BayBeamtVG, also ab der Stufe 1 bei der Erhöhung der Höchstgrenze voll anzusetzen ist.

Nach Art. 86 Abs. 1 Satz 3 BayBeamtVG ruht künftig der Orts- und Familienzuschlag nach Art. 69 Abs. 2 BayBeamtVG in Höhe von 2,5 v. H. für jedes Jahr im zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Dienst. Es werden künftig die 2,5 v. H. für jedes Jahr aus dem Orts- und Familienzuschlag ab der Stufe 1 aus dem vollen Betrag berechnet.

Im Rahmen der Nachzahlung ist, wie in der Besoldung eine monatliche Gegenüberstellung der Beträge erforderlich. Die Höchstgrenze wäre entsprechend dem neuen Orts- und Familienzuschlag zu erhöhen. Wie auch bei der laufenden Zahlung.

* + 1. Versorgungsausgleich

Bei einer Scheidung und einer Ortsklasse des Hauptwohnsitzes in Mietenstufe VII ändert sich der Anspruch auf Orts- und Familienzuschlag von Stufe V auf L. Im Rahmen des Versorgungsausgleich ist die Stufe L zu berücksichtigen. Gemäß § 40 Abs. 5 VerAusglG dürfen nur familienbezogene Bestandteile des Ehezeitanteils, die die Ehegatten auf Grund einer bestehenden Ehe oder für Kinder erhalten, nicht berücksichtigt werden.

Auf den Kürzungsbetrag wegen Versorgungsausgleich ergeben sich auf Grund der Neuregelung des OFZ gegenüber der bisherigen Handhabung keine Änderungen. Die Neuregelung ist keine Erhöhung im Sinne des Art. 4 BayBeamtVG.

* + 1. Zuschläge nach Art. 71 ff. BayBeamtVG

Es ergibt sich keine Änderung gegenüber der bisherigen Handhabung. Da sich bei der Hinterbliebenenversorgung (Witwe) das zugrundelegende Ruhegehalt ändert (OFZ Stufe L), sind in der Folge die Zuschläge neu zu rechnen.

* + 1. Anteilmäßige Kürzung nach Art. 41 BayBeamtVG

Da es bei der Bemessung der Hinterbliebenenversorgung weiterhin bei einem Ruhegehalt bleibt, ergeben sich hinsichtlich der anteilmäßigen Kürzung keine Änderungen. Gemäß Nr. 41.0.2 S. 3 BayVV-Versorgung bleiben, wie bisher, die Beträge nach Art. 69 Abs. 2 BayBeamtVG (OFZ Stufe 1 ff.) und der Ausgleichsbetrag nach Art. 70 BayBeamtVG außer Betracht.

* + 1. Erstattung

Bei einer Änderung der Familienverhältnisse (Familienstand oder Wegfall OFZ Stufe 1 ff.) ergibt sich keine Neuberechnung. Erstattungsbetrag ermittelt sich aus den verminderten Versorgungsbezügen.

* 1. Wegfall der Ballungsraumzulage zum Inkrafttreten des Gesetze

Ab dem Inkrafttreten des Gesetzes ist die bisher als Ballungsraumzulage gewährte Zahlung bei den betroffenen Personenkreisen einzustellen.

Unter den Begriff der Ballungsraumzulage nach der bisherigen Rechtslage ist dabei der Grundbetrag, der Kinderzuschlag, der Anwärtergrundbetrag und der Dienstanfängergrundbetrag zu verstehen.

Ob die zugrunde liegende Rechenregel sowie der IT 9014 bzw. Fälle mit manuelle Zahlung einer Ballungsraumzulage (Lohnart 9207) über den Stichtag hinaus fortzuführen sind, hängt davon ab, welche technische Lösung für die Ermittlung des Besitzstandes angeboten wird.

Soweit eine Fortführung der o.g. Datenhaltung zur Ermittlung des Besitzstandes erforderlich ist, ist dafür Sorge zu tragen, dass keine zahlungsrelevanten Lohnarten mehr gebildet werden.

Zahfälle mit manueller Zahlung einer Ballungsraumzulage mit Lohnart 9207 und einer Wertstellung ab dem Inkrafttreten des Gesetzes sind auszuwerten.

Begründungstexte sind zu überprüfen (ggf. obsolet oder neu einzuführen/abzuändern). Auf die Nr. 15 wird verwiesen.

* 1. Auswirkungen auf die Auslandsbesoldung
     1. Berechnung des Mietzuschusses nach § 54 BbesG

Fallgestaltung 1 (Beamter vollbeschäftigt, Ehegatte nicht im ö.D.):

Der FZ der Stufe 1 wird bisher voll gezahlt in Höhe von 149,64 €. Dieser wird durch den neuen OFZ der Stufe V (siehe Art. 38 Satz 2 BayBesG-E) ersetzt, abhängig von der Ortsklasse/Mietenstufe, durch die Beträge 77,00 €, 99,00 €, 121,00 € bzw. 149,83 €.

Da sich der Mietzuschuss aus einer Differenzberechnung aus der Leerraummiete und dem Sockelbetrag mehrer Bezügebestandteile berechnet, wird die Differenz größer, wenn der 2. Subtrahend geringer wird (aufgrund der neuen OFZ-Beträge). Der Mietzuschuss erhöht sich demnach.

Siehe hierzu Anlage „Auslandsbesoldung“ Fallgestaltung 1.

Fallgestaltung 2 (Beamter vollbeschäftigt, Ehegatten im ö.D., somit Konkurrenz):

Der FZ der Stufe 1 wird bisher zu Hälfte in Höhe von 74,82 € gezahlt. Dieser wird durch den neuen OFZ der vollen Stufe V ersetzt (keine Ehegattenkonkurrenz mehr), abhängig von der Ortsklasse/Mietenstufe, durch die Beträge 77,00 €, 99,00 €, 121,00 € bzw. 149,83 €.

Dies führt dazu, dass ab der Mietenstufe V mit 99 € die Differenz zwischen Leerraummiete und dem Sockelbetrag geringer wird, da der 2. Subtrahend sich vergrößert. Der Mietzuschuss verringert sich dadurch.

Ein Ausgleich über einen möglichen weiteren Besitzstand wird aus unser Sicht ausgeschlossen, da der Art. 38 BayBesG in Art. 109 Abs. 3 BayBesG-E keine Erwähnung findet.

Siehe hierzu Anlage „Auslandsbesoldung“ Fallgestaltung 2.

* + 1. Berechnung des Kaufkraftausgleiches (KKA) nach § 55 BBesG

In die Berechnung des KKA fließt nach § 55 Abs. 3 Satz 2 BBesG auch der Familienzuschlag mit ein. Der FZ wird ab Inkrafttreten des Gesetzes durch den neuen OFZ (Betrag gleich oder höher) ersetzt. Folglich wird der Betrag des Kaufkraftausgleiches ebenfalls größer.

Im Falle eines negativen KKA, der derzeit tatsächlich für den Auslandsdienstort Sarajawo mit mehreren Beamten abgerechnet wird, wird damit zukünftig den entsandten Beamten mehr KKA abgezogen (Anlage Anlage „Auslandsbesoldung“ Fallgestaltung 3).

* 1. Erforderliche Auswertungen
     1. Fälle mit Lohnart 1233 (Einbehaltung von Bezügen)

Zalfälle mit der Lohnart 1233 sind rechtzeitig für die Umstellungsarbeiten für den Sachbearbeiter aufzulisten. Bei Fällen, bei denen sich durch die geänderte Rechtslage ein höherer OFZ ergibt, ist der bisher durch den Sachbearbeiter manuell ermittelte Betrag der Lohnart 1233 neu zu berechnen und zu korrigieren.

* + 1. Zalfälle mit Lohnart 9207 [Ballungsraumzulage (man)]

Zahfälle mit manueller Zahlung einer Ballungsraumzulage über die Lohnart 9207 und einer Wertstellung ab dem Inkrafttreten des Gesetzes sind auszuwerten.

* + 1. Zahlfälle mit eine IT 0595 Subtyp 3 Grund „B8 aufn. Pflegeb. Angeh.“

Fälle mit einem IT 0595 Subtyp 3 Grund „B8 aufn. Pflegeb. Angeh.“ sind für eine Umstellung durch den Sachbearbieter aufzulisten. Die den betroffenen Fällen ist der IT 0595 Subtyp 3 mit Ablauf des Tages vor Inkrafttreten des Gesetzs abzugrenzen und ab dem Inkrafttreten des Gesetzes über einen IT 0595 Subtyp 2 zusammen mit einem korrespondierenden IT 0021 Subtyp 2 neu anzulegen.

* + 1. Fälle mit einer Konkurrenzsituation zu einem Beschäftigten mit einer vergleichbaren Leistung

Die im Gesetzentwurf enthaltenen Änderungen zum Familienzuschlag beinhalten auch eine Änderung in Bezug auf die Konkurrenzregelung. Die bisher in Art. 36 Abs. 1 Satz 2 BayBesG vorgesehene Konkurrenzregelung wurde aufgegeben.

Auswertung von Fällen IT 0595 Subtyp 1 bzw. 15 mit AG-Konkurrenz „ja“ oder „ja, ohne Bezüge beurlaubt“ und im IT 0021 Subtyp 1 bzw. 15 mit belegtem Feld Vergleichsmitteilung Wert 2 oder mit belegtem Feld Vergelichsmitteilung Wert 1 (Vergleichsmitteilung über VIVA-PN) **und** einem Abrechnungskreis Arbeitnehmer.

Die bisher in Art. 36 Abs. 6 BayBesG vorgesehene Konkurrenzregelung hat sich dahingehend geändert, dass künftig eine Konkurrenzsituation besteht, wenn der andere Berechtigte ebenfall einen Anspruch nach einem Besoldungs- oder Versorgungsgesetz hat.

Auswertung von Fällen IT 0595 Subtyp 2 mit AG-Konkurrenz „ja“ oder „ja, ohne Bezüge beurlaubt“ und im IT 0021 Subtyp 2 mit belegtem Feld Vergleichsmitteilung Wert 2 oder mit belegtem Feld Vergelichsmitteilung Wert 1 (Vergleichsmitteilung über VIVA-PN) **und** einem Abrechnungskreis Arbeitnehmer.

* 1. Wegfall Anrechnung nach Art. 35 Abs. 2 BayBesG (alt)

Abgrenzen der Lohnart 1223 im IT 0008 (Anrechnung Kasernierung) zum Inkrafttreten des Gesetzes. Auf die Nr. 4 und 5 des Konzeptes wird hingewiesen.

* 1. Mitteilungstext für die Bezügemitteilung im Monat der Umsetzung

Bei den von der Umstellung betroffenen Personen ist im Monat der maschinellen Umstellung ein Mitteilungstext auf der Bezügemitteilung auszugeben

* zur laufenden Änderung mit ggf. zusätzlicher Zahlung eines Besitzstandes
* bei Fällen mit einer rückwirkenden Ermittlung eines Nachzahlungsbetrages nach Art. 109 Abs. 3 Abs. 1 BayBesG-E bzw. Art. 114g Abs. 3 BayBeamtVG
* bei Fällen mit einer Nachzahlung für Zeiträume vor dem 01.01.2020 bei zeitnaher Geltendmachung

Die Mitteilungstexte sind noch festzulegen. Ggf. ist ein Beiblatt mit der Berechnung der Nachzahlung bzw. der Besitzstandsermittlung der Bezügemitteilung beizufügen. Das Berechnungsblatt ist auch in BORA einzustellen.

Nach Mitteilung des StMFH (Mail vom 27.02.2023) soll um Nachfragen bei den Bezügestellen hinsichtlich des Nachzahlungszeitpunkts zu vermeiden bzw. zumindest zu minimieren, im Monat der Umstellung folgender Text auf der **Bezügemitteilung für Mai 2023** auszugeben:

*„Mit dem Gesetz zur Neuausrichtung orts- und familienbezogener Besoldungsbestandteile vom ……. März 2023 (GVBl. Nr. ……/2023, S. …..) werden die familienbezogenen Besoldungsbestandteile den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entsprechend systematisch neu ausgerichtet und die Besoldung dabei wieder stärker von den tatsächlichen Lebensverhältnissen abhängig gemacht. Nähere Informationen hierzu sind auf der Website des Landesamtes für Finanzen unter der Adresse …….. veröffentlicht.*

*Nachzahlungen erfolgen für alle Betroffenen rückwirkend zum 1. Januar 2020 von Amts wegen. Sofern ein Anspruch besteht wird mit den* ***Bezügen für den******Monat Juni 2023*** *eine entsprechende Nachzahlung erfolgen.“*

Wenn technisch möglich, sollte der Text nur auf den Bezügemitteilungen angedruckt werden, deren Empfänger von der Umstellung betroffen sind (z.B. nicht bei einem ledigen Beamten in Würzburg).

* 1. Auswirkungen auf den Entgeltbeleg

Die Ortsklasse (Mietenstufe) sowie die Besitzstandszulage (gesondert nach Anteil auf FZ und Anteil auf Ballungsraumzulage) sollte auf dem Entgeltbeleg an geeigneter Stelle ausgewiesen werden.

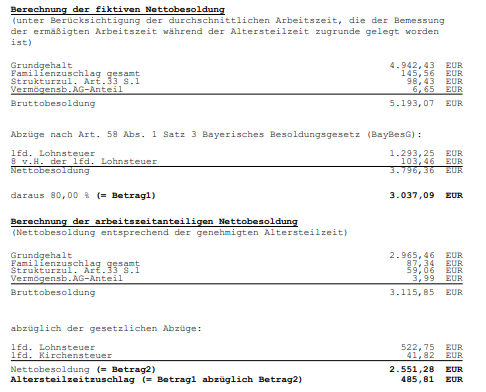
Es ist zu überlegen, ob bei Veränderungen (z.B. in den Ortsklassen bzw Stufen) maschinelle Begründungstexte zur Verfügung gestellt werden (analog der bisherigen Ballungsraumzulage).

Dieser Punkt wird zu gegebener Zeit näher ausgeführt.

* 1. Auswirkungen auf das Altersteilzeitberechnungsblatt

Das Alterszeitzeitberechnungsblatt, das durch die Sachbearbeiter über die Transaktion ZPY\_ATZ\_Blatt auf Abruf für die Bezügeempfänger erstellt werden kann, ist auf die geänderte Rechtslage anzupassen. Statt dem bisherigen Familienzuschlag fließt nunmehr der Orts- und Familienzuschlag in die Berechnung ein, und ist als solche auch auf dem Berechnungsblatt auszugeben. Auch eine ggf. ermittelte Besitzstandzulage auf eine Familienzuschlag ist mit auszugeben.

Auszug aus dem derzeitigen Altersteilzeitberechnungsblatt:



* 1. Begründungstexte für den IT 0128

Die vorhandenen Begründungstexte sind zu prüfen und ggf. anzupassen oder zu löschen bzw. neue einzuführen.



Der Anpassungsbedarf bei den Begründungsschlüsseln wurde mit Anfo. 52/2023 (CR 1\*29491) dargestellt und ist umzusetzen.

* 1. Prüfung der derzeitigen Plausibilitäten

Die derzeitigen Plausibilitäten sind zu überprüfen und ggf. anzupassen bzw. neue einzuführen.

Dieser Punkt wird zu gegebener Zeit näher ausgeführt.

* + 1. Plausibilitäten aus IT 0002
    2. Plausibilitäten aus IT 0006
    3. Plausibilitäten aus IT 0012
       1. Prüfung Abgleich Familienstand und Steuerklasse

Diese Prüfung wurde mit CR 3\*11505 eingestellt.

* + 1. Plausibilitäten aus IT 0021
    2. Plausibilitäten aus IT 0595
       1. Prüfung IT 0595 zu IT 9117 und umgekehrt

Im Rahmen des Kindergeldabrufverfahrens mit der Bundesagentur für Arbeit wurden Meldungen in der ZPAT\_Meldungen eingerichtet, die wechselseitig aufeinander abprüfen:

* B/PL-H/91 Prüfung IT 0595 Subtyp 2 zu IT 9117
* B/PL-H/164 Prüfung IT 9117 zu IT 0595 Subtyp 2
* B/PL-H/94 Prüfen Datenspliett IT 0021 / IT 9117
  1. Einrichten von neuen Plausibilitäten
     1. Plausibilität bei IT 0595 - Besoldungsausgleich

Nach Anlage 5 Satz 3 BayBesG-E wird bei Besoldungsgruppen A3 – A11, soweit die Besoldung aus der höheren Besoldungsgruppe hinter der aus der niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt ein Besoldungsausgleich gewährt. Diese Leistung wird künftig über die neue Lohnart 0085 abgebildet. Diese Lohnart soll jedoch nicht als Vorschlagslohnart zur Verfügung gestellt werden, da nur sehr wenige Fälle betroffen sein können. Als Ersatz wird eine PL-H-Meldung eingerichtet. Hierfür wurde bereits die Anforderung 013/2023 (CR 1\*29374) erstellt.

* + 1. Eingabeplausibilität bei IT 0595 Subtyp 1/15

Mit Inkrafttreten des Gesetzes wird die bisherige Konkurrenzregelung für Beschäftigte im öffentlichen Dienst aufgegeben. Ab Inkrafttreten des Gesetzes ist daher im IT 0595 für den Subtyp 1 bzw. 15 im Feld „AG Ehegatte“ grundsätzliche der Wert „nein“ und im Feld „Ehegattenbestendteil“ der Wert „voll“ zu belegen.

Um abweichende Vorgaben zu verhindern, ist eine Eingabeplausibilität einzuführen. Beim Speichern der abweichenden Vorgabe ist diese mit der Meldung:

*Für den IT 0595 Subgtyp 1 bzw. 15 ist im Feld „AG Ehegatte“ nur der Wert „nein“ und im Feld „Ehegattenbestendteil“ leidglich der Wert „voll“ zulässig.*

* + 1. Eingabeplausibilität IT 0006

In Fällen, in denen die maschinell ermittelte Mietenstufe über den IT 0008 (Feld IBBEG) übersteuert wurde, und im IT 0006 Subtyp 1 bzw. Subtyp 91 eine geänderte Anschrift vorgegeben wird, ist eine Warnmeldung für den Sachbearbeiter auszugeben.

Folgender Text sollte ausgegeben werden:

*„Die maschinell ermittelte Mietenstufe wurde durch Vorgebe im IT 0008 übersteuert. Bitte IT 0008 prüfen und ggf. anpassen.“*

* 1. Da dieses Thema von der Priorität nicht so hoch eingeschätzt wird, wird hierfür eine gesonderte Anforderung erstellt.Personalmaßnahmen

Die Personalmaßnahmen sind zu Überprüfung und ggf. erforderliche Anpassung vorzunehmen.

Dieser Punkt wird zu gegebener Zeit näher ausgeführt.

* 1. Prüfung des Mitteilungsverfahrens mit der Bundesagentur für Arbeit

Im Rahmen der Umstellungsarbeiten sind auch die Abhängigkeiten beim Mitteilungsverfahren mit der Bundesagentur für Arbeit zu prüfen. Derzeit werden die Sachbearbeiter über Änderungsmitteilung der Bundesagentur für Arbeit über die ZPAT\_Meldungen informiert und es sind ggf. Anpassungen im IT 9117 bzw. dem derzeitigen Subtypen des IT 0595 vorzunehmen. Künftig ist zusätzlich auf ggf. eingeführte neue Subtypen des IT 0595 abzufragen.

Gem. Art. 36 Abs. 6 BayBesG-E gehören zum Stufe 1 und den folgenden Stufen auch Beamte, die einen Angehörigen im Sinne des Art. 20 Abs. 5 BayVwVfG mit mindestens Pflegegrad 2 nicht nur vorübergehend in ihre Wohnung aufgenommen haben. Diese betroffenen Personen sind künftig über den IT 0595 Subtyp 2 mit einem korresponierenden IT 0021 Subtyp 2 fortzuführen.

Die Funktionalitäten in Bezug auf das Abrufverfahren mit der Bundesagentur für Arbeit dürfen sich durch die Änderung nicht negativ auswirken. Dies kann dadurch gewährleistet werden, wenn im IT 0021 Subtyp 2 Feld „Kindverhältn.“ der zusätzliche Wert „10 Pflegeb. Angeh.“ ausgebracht wird. Ist dieser Wert vom Sachbearbeiter ausgewählt, sind die kundeneigenen Datengruppen „Kindergeldnummer Bundesagentur für Arbeit (BA)“ und „Kindergeldbezieher“ als nicht eingabebereit zu steuern.

Auch ggf. derzeit bereits bestehende Plausibilitäten zwischen dem IT 9117 und dem IT 0595 Subtyp 2 könnten, um negative Auswirkungen zu verhindern, über diese Differenzierung gesteuert werden.

* 1. Neugestaltung der Formblätter/Formulare

Die vorhanden Formblätter im Formularcenter bzw. in WordSB sind auf einen Änderungsbedarf zu überprüfen ggf. zu ändern und bei Bedarf neue Formblätter/Formulare einzuführen bzw. nicht mehr erforderliche zu entfernen.

Betroffene Formblätter im Formularcenter:

* Baustein zu den Angaben zum Familienzuschlag in den Personalbögen
* Erklärungen zum Bezug bzw. zur Überprüfung von familienbezogenen Leistungen (FL-Erklärung, F-Erklärung mit Merkblatt sowie E-Erklärung)
* Mitteilung über bezügerelevante Daten
* Erklärung zum Hauptwohnsitz mit Merkblatt

Betroffene Formblätter/Formulare in WordSB:

Zentrale Formblätter/Formulare

* + Vergleichsmitteilung **Z300**
  + Informationsschreiben **Z301**
  + Amtsangemessene Alimentation kinderreicher Beamter (Anhörung) **Z320**
  + Gleichgestellte Tätigkeit Art. 36 Abs. 7 BayBesG **Z360**
  + Erklärung zum OZ/SoZ/Familienzuschlag **Z510**
  + Überprüfungsaktion – Fehlende Angaben **Z701**
  + Anschreiben E-Erklärung - Fehlende Angaben **Z702**
  + Anschreiben Überprüfungsaktion **Z703**
  + Anschreiben Ergänzende Leistung – Nachweis Hauptwohnsitz **Z901**
  + Erklärungen zum Bezug bzw. zur Überprüfung von familienbezogenen Leistungen (FL-Erklärung **X\_Z705**, F-Erklärung mit Merkblatt **X-Z706-1 bis X\_Z706-6** sowie E-Erklärung **X\_Z703**)
  + Rückantwort – Nachweis Hauptwohnsitz **X\_Z901**

Versorgung Formblätter/Formulare:

* + Berechung der rgf. Dienstzeit aufgrund Ermess.Vorschriften **V011**
  + Änderung Fam.stand **V031**
  + Änderungsmitteilung für Beihilfe/Dienstunfallfürsorge **V036**
  + Abgabenachricht an VE bei Wohnsitzwechsel **V040**
  + Vergl.mitteilung **V065**
  + Waisengeldgewährung 18. Lj. **V215**
  + WaiG-Bescheid Weitergewährung 18. LJ. **V240**
  + WaiG-Bescheid an Waise bei Wegfall Vollmacht **V241**
  + Weitergewährung FZ-UB über Altersgrenze **V252**
  + Vorübergehende Einstellung FZ-UB **V253**
  + Übergangsgeld **V320**
  + Bescheinigung Brutto/NettoVb **V470**
  + Bescheinigung Brutto/NettoVb (Monat/Jahr) **V471**
  + Weiterbewilligung FZ über das 18 Lj. hinaus **V705**
  + Bescheid über Aufhebung der kinderbezogenen Leistungen **V750**
  + Rückantwort - Änderung des Familienstandes **X\_V031**
  + Merkblatt (Hinweise und Anzeigepflichten für Waise) **X\_V240**
  + Hinweise und Anzeigepflichten für Waise **X\_V241**

Dieser Punkt wird zu gegebener Zeit näher ausgeführt.

1. unter Berücksichtigung   
   - der *nach dem Stichtag eintretenden Änderungen* in den Anspruchsgrundlagen, die für die Feststellung des Besitzstandes auf den Stichtag vorzuziehen sind und  
   - der sich bereits *zum Stichtag* auswirkenden rückwirkenden Änderungen. [↑](#footnote-ref-1)